Die Anträge 122 und 122a werden der Fraktion als Material überwiesen.

Abgelehnt wird Antrag 123.

Antrag 124 wird der Fraktion als Material überwiesen.

Antrag 125 wird angenommen.

Berichterstatter **Keil** beantragt, die Anträge 126 und 127 der Fraktion als Material zu überweisen, da eben erst eine Amnestie erlassen worden sei und in der nächsten Zukunft mit einer neuen Amnestie nicht gerechnet werden könne. Der Antrag enthalte aber für den Fall einer erneuten Amnestie wertvolle Anregungen, die von der Fraktion beachtet werden müßten.

Darauf werden die Anträge 126 und 127 gemäß diesem Vorschlage der Fraktion mit großer Mehrheit überwiesen.

Vorsitzender **Wels** bemerkt dazu, daß die Ueberweisung als Material sehr wohl die volle Zustimmung des Parteitages zu diesen Anträgen bedeuten könne.

Die Anträge 128—133 und 135 und 136 werden der Fraktion als Material überwiesen; Antrag 134 wird durch Annahme des Antrages Hilferding und Genossen, 239, für erledigt erklärt.

Der Antrag 137 gelangt in folgender Form gegen eine Stimme zur Annahme:

Der Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland ist mit allen geeigneten Mitteln zu erstreben.

Der Ablehnung verfallen die Anträge 138—142.

Antrag 143 ist bereits beim ersten Punkt der Tagesordnung erledigt worden. Die Anträge 144—146 sind durch die Annahme des Antrages 97 Abs. 1 erledigt worden. Antrag 147 kommt beim nächsten Punkt der Tagesordnung zur Verhandlung.

Antrag 148 wird der Fraktion als Material überwiesen.

Antrag 149 ist beim ersten Punkt der Tagesordnung bereits erledigt worden.

Antrag 150 wird angenommen.

Den Antrag 151 überweist der Parteitag der Fraktion als Material, desgl. den Antrag 152. Dabei wird festgestellt, daß der Antrag 152 nicht aus Remscheid-Lennep stammt, sondern aus Breslau.

Antrag 153 wird erledigt durch Annahme des Antrages Dobbert-Meißen und Genossen, Nr. 219.

Der Antrag Hoch und Genossen, Nr. 224, zur Alkoholfrage wird unter Streichung des Einleitungssatzes und des Satzes 2 angenommen.

Antrag Karsten und Genossen, Nr. 232, gelangt in folgender Form zur Annahme:

> Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die seit langem angekündigte Reform der Reichsversicherungsordnung in Angriff genommen wird. Diese Reform muß zur Vereinheitlichung der sozialen Versicherungsgesetze und zu einem solchen Umbau der Versorgungs- und Fürsorgegesetze führen, daß die heute bestehenden Unterschiede in der Art und dem Umfang der Versorgung, die lediglich durch das Bestehen besonderer Versicherungs-, Versorgungs- und Fürsorgeträger hervorgerufen werden, beseitigt werden. Die soziale Hilfeleistung muß dem Grade der Hilfsbedürftigkeit und der Art der Körperbeschädigung entsprechen. Der jetzige Organisationswirrwarr ist zu beseitigen und eine einheitliche Versorgungsorganisation für alle Zweige der bestehenden Versicherung, Versorgung und Fürsorge zu schaffen. Hand in Hand mit der Vereinheitlichung des Organisationsapparates muß auch ein einheitlicher Rechts- und Beschwerdeweg geschaffen werden, der den Versorgungsberechtigten ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht sichert.

Der Antrag 233 wird angenommen.

Antrag Würz und Genossen (irrtümlich als Antrag Minna Schilling und Genossen bezeichnet), Nr. 236, wird der Fraktion als Material überwiesen, ebenso Antrag Hilferding und Genossen, Nr. 237.

Die von dem Referenten Keil in seinem Schlußwort vorgeschlagene Entschließung zur Zoll- und Steuerpolitik der Reichsregierung sowie zur Preissenkungsaktion wird angenommen.

Der Antrag 240 wird auf Antrag aus der Mitte des Parteitages der Fraktion als Material überwiesen.

Darauf erfolgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Seydewitz und Genossen, Nr. 225. Der Antrag wird mit 285 gegen 81 Stimmen abgelehnt.

Berichterstatter Wilhelm **Keil**: Es ist mir mitgeteilt worden, daß Unklarheit besteht, was vom Antrag 224 nach der Abstimmung übriggeblieben ist. Ich habe den Beschluß so verstanden, daß die Sätze 1 und 3 angenommen, dagegen der Satz 2 gestrichen ist.

Vorsitzender **Wels**: So habe ich es auch konstatiert. Entsprechend dem heute früh gefaßten Beschluß zu den Wahlen zum Parteivorstand und der Kontrollkommission erkläre ich jetzt die Vorschlagsliste für geschlossen. Die Vorschläge gehen jetzt in Druck und werden kurz vor der Pause verteilt werden. Wir kommen jetzt zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Probleme der europäischen Politik (Bericht vom Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale).

Berichterstatter **Crispien**-Berlin: Die Probleme der europäischen Politik: die Befriedung Europas, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, der Schutz der nationalen Minderheiten, die Auslegung und Ausführung der Friedensverträge, die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen der Länder zueinander, die nationale und internationale Demokratisierung, die Währungs- und Kreditfragen beschäftigen uns seit dem Ende des Krieges. Wenn sie von den Regierungen der verschiedenen Länder noch nicht gelöst werden konnten, so liegt das an dem Unvermögen der Kapitalisten, das Zusammenleben der Völker zum Besten der Menschheit zu regeln. Hieraus ergeben sich die Aufgaben für die Sozialdemokratie, die vom Boden der wirtschaftlichen Notwendigkeiten aus die Lebensinteressen der breiten Massen schützt und die Menschen in friedlicher Arbeit vereinigen will. Das ist der Zweck der sozialistischen Friedenspolitik. Diese Friedenspolitik stand auf dem Marseiller Kongreß zur Erörterung. Es handelt sich um eine zusammenhängende Politik, wie wir sie seit Kriegsende geführt haben, wie wir sie nach Marseille und nach diesem Parteitag nach denselben Grundsätzen weiterführen müssen. Ich erinnere daran, daß dieselben Arbeitermassen, die 1914 in den Krieg gerissen wurden, 1918 den unmittelbaren Kampf um den Frieden aufnehmen mußten, und zwar unter den äußersten Schwierigkeiten. Ich erinnere an die tiefen Abgründe, die zwischen den Völkern durch den Krieg aufgerissen waren: auf der einen Seite die triumphierenden Siegerstaaten, bereit, die niedergeworfenen und zusammengebrochenen Länder völlig zu zertreten, auf der anderen Seite in den zusammengebrochenen Ländern, wie auch in Deutschland, der Kampf der Arbeiter um das nackte Leben. Dazu kam die Politik der Bolschewisten, die sich gegen die Sozialisten richtete, dann die Zerklüftung und Verwirrung innerhalb der Arbeiterklasse, ferner der Teil der Masse, der von Illusionen erfüllt war und schließlich die neuen Schichten, die damals in die politische Bewegung gestoßen wurden und die nicht gelernt hatten, politische Rechte und Macht durch Opfer selbst zu erobern, zu schätzen und entsprechend anzuwenden. Diese ungeheuren Schwierigkeiten mußten von den Sozialdemokraten überwunden werden. Wir mußten zugleich an der Sammlung der Arbeiter wie an der Ueberwindung des Widerstandes der Kapitalisten gegen einen endgültigen Abschluß des Krieges arbeiten.

Damals, nachdem wir eine Selbstverständigung innerhalb der Arbeiterklasse herbeigeführt hatten, gab es keine Meinungsverschiedenheiten über die Frage, daß der Friede abgeschlossen werden mußte, obwohl wir völlig außerstande waren, einen sozialistischen Frieden zu erringen. Einen sozialistischen Frieden hätten wir auch nicht erreichen können, wenn in Deutschland dauernd eine sozialistische Regierung sich hätte behaupten können, weil ja in den anderen Ländern kapitalistische Regierungen bestanden, und wir alle die tiefen internationalen Zusammenhänge in diesen Fragen kennen. Wir wußten, es wird ein kapitalistischer Friede sein, in dem sich der Uebermut der Siegerstaaten auswirken wird. Und doch mußten wir diesen Frieden mit zustande bringen, ja, wir Sozialdemokraten mußten in erster Reihe dafür eintreten. Wir konnten nicht etwa erklären: Da wir keinen sozialistischen Frieden erreichen können, nehmen wir überhaupt keine Stellung zur Friedensfrage. Wir mußten die Arbeiterklasse vor einer vollständigen Verelendung und vor einem Verbluten schützen, sollten die sozialistischen Armeen nicht vernichtet werden.

Der damals zustande gebrachte Friede konnte uns nicht entzücken. Wir erlebten die Diktatur der Reparationskommission, ultimative Forderungen, militärische und wirtschaftliche Besetzungen. Es war kein Zweifel, daß der Friede von Versailles ein Friede der Gewalt und Unterdrückung war. Aber obgleich wir diktatorische Maßnahmen der Reparationskommission selbst erlebt haben und sehen mußten, wie weitere deutsche Gebiete besetzt wurden, ist es keinem Sozialisten eingefallen, zu erklären, der Friede müsse durch irgendeine Gewaltaktion oder Böswilligkeit bei seiner Ausführung vernichtet werden. Wir erklärten immer wieder, der Friedensvertrag dürfe nur durch friedliche Mittel revidiert werden.

So schlecht der Friedensvertrag zunächst auch war, er hatte doch die Kanonen zum Schweigen gebracht. Die Soldaten, die Kriegsgefangenen konnten heimkehren, wir konnten die Republik sichern und darangehen, eine internationale Zusammenarbeit der Arbeiterschaft herbeizuführen; denn ohne sie wäre es überhaupt unmöglich gewesen, das Friedensproblem anzupacken. Wir hätten niemals den Sturz der Poincaristen in Frankreich und damit einen Umschwung in der Außenpolitik erlebt, wenn wir nicht den ersten Schritt, den der Abschluß des Friedensvertrages darstellt, getan hätten. Wir wären auch nicht, wenn wir nicht auf einer loyalen Erfüllung des Friedensvertrages bestanden hätten, zum Londoner Abkommen gelangt.

Für das Londoner Abkommen haben sich einmütig die Sozialisten der beteiligten Länder eingesetzt. Wiederum mußte der Widerstand der widerspenstigen bürgerlichen Parteien überwunden werden. Auch das Londoner Abkommen ist keine sozialistische Lösung der Reparationsfrage; wir mußten trotzdem zustimmen, weil es eine Besserung darstellt.

Heute können wir feststellen, daß unsere Politik richtig war. Wir haben die militärische und wirtschaftliche Befreiung des Ruhrgebiets erreicht, das System der Verständigungen an Stelle der Diktate der Reparationskommission und der Verhandlungen Gleichberechtigter, die Stabilisierung der Währung, die Erstarkung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in Deutschland, die die nächsten Kämpfe erfolgreicher wird bestehen können. Ich bitte zu beachten: Erst ein Friede um jeden Preis, eine einseitige Kapitulation, dann eine Verständigung der Sozialisten, Verbesserungen und Erleichterungen.

So waren wir bis zum Marseiller Kongreß dahin gekommen, von der Grundlage des Londoner Abkommens aus die Friedensfrage im Westen neu zu überprüfen und den sozialistischen Parteien weitere Aufgaben zu stellen. Wir müssen dabei alles, was wir auf dem Gebiete der Reparationen errungen haben, immer wieder verteidigen und der Böswilligkeit entgegentreten, die bei

großen maßgebenden bürgerlichen Parteien, wie bei den Deutschnationalen in Deutschland, vorhanden ist. Kompliziert wird die europäische Politik durch die neue Gefahr, die aus dem Osten kommt. Es ist nicht nur der kapitalistische Imperialismus, sondern auch der imperialistische Bolschewismus, der immer neue Kriegsgefahren heraufbeschwört.

Der Kongreß in Marseille hatte die Aufgabe, die sozialistische Friedenspolitik für die Gegenwart und für die nächste Zukunft nach einheitlichen Richtlinien festzulegen.

Bevor ich die Beschlüsse des Kongresses erläutere, muß ich einiges über die Sozialistische Arbeiter-Internationale sagen, weil das für unsere Orientierung und zum Verständnis der Beschlüsse des Marseiller Kongresses notwendig ist. Ich habe nämlich in verschiedenen Parteizeitungen Kritiken gefunden, die von ganz falschen Voraussetzungen ausgehen. Woraus man schließen muß, daß die Kritiker mit dem Wesen und Charakter der jetzigen Internationale nicht genug vertraut sind.

In dem Bericht des Sekretariats unserer Internationale an den Marseiller Kongreß wird die Sozialistische Arbeiter-Internationale als eine Internationale des täglichen Lebens bezeichnet. Diese Charakterisierung trifft vollkommen zu. Wir erklären mit aller Offenheit, daß die Internationale gegenwärtig noch nicht imstande ist, durch direkte Massenaktion unmittelbar auf die Weltpolitik einzuwirken. Wir sagen das ganz offen; denn wir müssen die Arbeiter vor Illusionen bewahren, die nur herbe Enttäuschungen im Gefolge haben können. Wir sagen also ganz offen, daß die Internationale zunächst dazu ausreicht, zwischen den ihr angeschlossenen Parteien Vereinbarungen über brennende Fragen der Gegenwart herbeizuführen, als Vorbereitung für einheitliche parlamentarische Aktionen, Propaganda zu betreiben, die moralischen Kräfte der Arbeiterschaft mobilzumachen, an der Sammlung, Klärung und Schulung der Arbeiter zu arbeiten, durch gemeinsames Wirken mit den Gewerkschaften die Lebenshaltung der Arbeiter zu erhöhen, um durch alle diese Dinge die Kampfkraft des Proletariats zu steigern. Das sagen wir nicht erst seit unserer Rückkehr vom Marseiller Kongreß, das haben wir bei der Gründung der Internationale gesagt, und daran müssen wir immer wieder erinnern. Erst wenn wir dies berücksichtigen, können wir den richtigen Boden für die Kritik der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und ihrer Beschlüsse gewinnen. Nur wer diese Tatsache verkennt, kann Beschlüsse von dem internationalen Kongreß erwarten, die sich auf unmittelbar auszulösende Massenaktionen beziehen, wobei ich gern zugebe, daß man sich leicht populär machen kann, wenn man solche Anträge stellt. Wir würden uns aber wie die Bolschewisten blamieren, wenn wir hinter machtvolle Beschlüsse keine entsprechende reale Macht setzen können. (Sehr richtig!) Damit sage ich nicht, daß wir überhaupt nie zu einer internationalen Massenaktion gelangen werden. Wir müssen nur erst daran arbeiten, eine solche Internationale der Tat zu schaffen. Die Klarstellung der derzeitigen Wirkungsmöglichkeiten der Internationale bedeutet keine Herabsetzung des proletarischen Kampfes. Das offene Eingeständnis, wie weit jeweils die Macht reicht, ist keine Schande, sie kann nur ein Ansporn sein, alle Kraft an eine Besserung und Steigerung der Leistungsmöglichkeiten zu setzen. Es wäre verderblich und verhängnisvoll für die Arbeiterbewegung, wenn man die Arbeiter glauben lassen würde, es genüge der Beschluß irgendeiner Instanz oder die Parole von Führern, um die schwierigsten Fragen zu lösen. Wir müssen vielmehr den Arbeitern klarmachen, daß sie selbst an der Schaffung einer aktionsfähigen Internationale im Sinne der direkten Massenaktion arbeiten müssen. Wir dürfen sie nicht über die Schwierigkeiten hinwegtäuschen. Wir dürfen die Internationale nicht durch ungerechtfertigte Bemängelungen ihrer Beschlüsse in Grund und Boden kriti-

sieren, sondern wir müssen sie den Arbeitermassen näherbringen und unsere Kräfte vereint daran setzen, die Internationale so auszubauen, daß sie die Erwartungen erfüllen kann, die wir hegen.

Ich weise darauf hin, daß es möglich war, schon 1923, nur fünf Jahre nach dem Ende des Krieges, die Sozialistische Arbeiter-Internationale zu gründen. Wir wissen, welche Klüfte auch zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder durch den Krieg geschaffen waren, welcher Arbeit es bedurfte, die Sozialisten Frankreichs, Englands, Belgiens und Deutschlands zu einer einheitlichen Politik zusammenzuführen. Es ist bewunderungswürdig, daß die Schaffung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale von ihrer gegenwärtigen Bedeutung schon nach der kurzen Frist von fünf Jahren möglich war. (Sehr richtig!) Ich verweise auf die Internationale Arbeiterassoziation. Sie fand nach dem Kriege von 1870/71 und nach dem Niederschlagen der Commune von Paris, durch das die Vortruppen der revolutionären Kämpfer Europas vernichtet wurden, ihr Ende. Fast zwei Jahrzehnte dauerte es, bis 1889 die Sozialistische Internationale wiedererstand.

Ich darf Ihnen weiter einiges über den organisatorischen Stand der Sozialistischen Arbeiter-Internationale sagen. Es ist wichtig, zu wissen, welche Parteien heute in unserer Internationale vertreten sind und welche Bedeutung sie in ihren eigenen Ländern haben. Es sind der Internationale 44 Parteien in 34 Ländern mit 6 280 304 Mitgliedern, darunter erfreulicherweise 751 841 Frauen angeschlossen. Diese Parteien zählen 25 600 000 Wählerstimmen. Sie haben 1022 Vertreter in den Parlamenten und 311 Tageszeitungen. In den Ländern der angeschlossenen Parteien zählen wir 15 585 967 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale unterhält die innigsten Beziehungen mit dem Internationalen Sozialistischen Frauenkomitee, mit der Sozialistischen Jugendinternationale, mit der Sozialistischen Erziehungsinternationale und mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund, außerdem freundschaftliche Beziehungen zum Internationalen Genossenschaftsbund. Es sind in Europa bis auf die Schweiz alle Staaten in der Internationale vertreten. Der Beitritt der Schweizerischen Sozialdemokratie ist eine Frage der Zeit.

Außerhalb Europas haben wir angeschlossene Parteien in den Vereinigten Staaten, in Argentinien, in Britisch-Guyana, in Palästina, und auf dem letzten Kongreß haben sich die Sozialdemokraten Chinas angeschlossen. Wir haben in der Internationale zunächst ein bedeutungsvolles organisatorisches Problem zu lösen. Es handelt sich um die Frage, wie wir die internationale Organisation auf die übrigen Kontinente ausdehnen können. Man hat erwogen, in den Vereinigten Staaten eine Unterexekutive einzurichten, den Amerikanern eine gewisse Autonomie zu geben und die sozialistische Bewegung der einzelnen Kontinente zu konzentrieren und alle Kontinente dann in einer großen Exekutive zu vereinigen. Das sind Fragen, die noch nicht spruchreif sind, aber Sie erkennen daraus, daß wir auch noch schwere organisatorische Arbeit zu leisten haben, bis wir eine wirklich umfassende und aktionsfähige Internationale haben können.

Was die Bedeutung der Parteien anbetrifft, die der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossen sind, so sind die sozialistischen Parteien in Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Oesterreich, Schweden und Frankreich entweder die stärksten Parteien in ihrem Lande oder fast die stärksten. Diese Parteien sind entweder an Regierungen beteiligt oder beteiligt gewesen oder trugen für die Regierung eine direkte Verantwortung, wie in Frankreich die Sozialisten für die Regierung Herriot. Hier handelt es sich um die kapitalistisch am weitesten fortgeschrittenen Länder. In diesen Ländern können die Sozialisten den stärksten Einfluß auf die Außenpolitik ihrer Regierungen gewinnen. Wir haben aber außerdem eine Anzahl von Parteien, die noch mit großen Schwierigkeiten zu ringen haben und auf die wir bei unseren Beschlüssen Rücksicht nehmen müssen. Ich erinnere an die Tschechoslowakei, die mit Nationalitätenfragen zu ringen hat. Die Tatsache, daß in diesem Lande fünf Parteien unserer Internationale angehören, zeigt, welche inneren Schwierigkeiten noch vorhanden sind. Aus der Tschechoslowakei gehören unserer Internationale an: Die Tschechoslowakische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Deutsche Sozialdemokratische Partei, die Magyarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Polnische Sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Karpathorußlands. Das sind fünf sozialdemokratische Parteien in einem Land, wovon jede selbständig in der Internationale vertreten ist. In Polen haben wir die Sozialistische Partei Polens, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Polens, die Deutsche Sozialdemokratische Partei Polens und die Poale Zion, auch ein Nationalitätenstaat mit großen inneren Schwierigkeiten. Dazu kommen Länder wie Italien und Ungarn, wo die sozialistische Bewegung unterdrückt ist, wo die Sozialdemokraten dem Terror ausgesetzt sind und um die Elementarrechte der proletarischen Bewegung kämpfen müssen.

In den Vereinigten Staaten ist die Sozialdemokratische Partei relativ klein aus Gründen, die in der Geschichte der Vereinigten Staaten zu suchen sind. Es sind dort nur zwei sozialistische Vertreter im Parlament. In demselben Lande, in dem das Finanzkapital heute eine überragende Stellung einnimmt. Ich nenne dafür nur zwei Zahlen. Während vor dem Kriege in den Vereinigten Staaten 3½ Milliarden ausländisches Kapital angelegt war, sind heute im Ausland 10½ Milliarden amerikanisches Kapital angelegt. Daraus ergibt sich die weltwirtschaftlich und weltpolitisch überragende Bedeutung der Vereinigten Staaten. Gerade in diesem Land haben wir erst eine schwache sozialistische Bewegung. Die Absicht, eine große moderne Arbeiterpartei in diesem Lande zu begründen, ist zunächst gescheitert.

Wir haben aber auch Parteien, die überhaupt noch nicht im Parlament vertreten sind. Ich nenne Britisch-Guyana, das auf der Stufe einer kleinen Kolonie steht, an Jugoslawien und Griechenland, die an der Schwelle der kapitalistischen Entwicklung stehen und das englische Schutzgebiet Palästina. Wir haben ferner Parteien, die illegal arbeiten müssen oder Emigrantenorganisationen haben: Armenien, Georgien, Rußland, Ukraine und endlich die ungarischen Emigranten. Wenn Sie das alles beachten, die gegenwärtige Beschränkung der Internationale in der Hauptsache auf Europa, die eben erst begonnenen Bemühungen, mit den anderen Erdteilen weitere Verbindungen zu schaffen, und die Bedeutung der angeschlossenen Parteien in ihren eigenen Ländern, dann werden Sie ein richtiges Bild bekommen von dem Maße der Möglichkeit der Internationale, politisch unmittelbar zu wirken und auf die Geschicke der Menschheit einen direkten Einfluß zu nehmen.

Ein paar Worte über die Tagung von Marseille. Es muß ausdrücklich erwähnt werden, daß die Tagesordnung des Kongresses von der Exekutive sorgfältig vorbereitet wurde, und daß die Fragen, die auf dem Marseiller Kongreß verhandelt wurden, nach eingehender Prüfung auf die Tagesordnung gestellt wurden. Dabei wurden die Fragen zurückgestellt, die weitgehende theoretische Erörterung hätten auslösen können und die noch nicht behandelt werden können, weil es verfrüht ist, jetzt schon große prinzipielle Auseinandersetzungen in internationalem Maßstabe zu führen. Es ist nicht richtig, wie eine Parteizeitung behauptete, daß zunächst auch über die Frage der Koalitionspolitik auf dem Kongreß verhandelt werden sollte, und daß dann auf dem Kongreß diese Frage wieder von der Tagesordnung abgesetzt worden sei. Richtig ist, daß die Frage der Koalitionspolitik von der Exekutive von vornherein zurückgestellt worden ist. Die Exekutive hat ausgesprochen, daß die Sozialistische Arbeiter-Internationale eine durch den Hamburger Kongreß 1923

geschaffene neue internationale Organisation ist, für die nur jene Beschlüsse gelten können, die sie selbst gefaßt hat. Aus dieser Lage ergibt sich die Notwendigkeit, die Stellung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zu allen wichtigen Grundproblemen der Arbeiterklasse neu festzustellen und insbesondere zu den vielfach geänderten Kampfbedingungen neu Stellung zu nehmen. Diese große und schwierige Aufgabe kann nur schrittweise gelöst werden. Zu diesen Problemen gehört auch die Frage der Ausübung der Regierungsgewalt durch sozialistische Parteien im kapitalistischen Staat. Die Exekutive hat also nicht auf die Tagesordnung gesetzt: die Frage der Koalitionspolitik, die Agrarfrage und die Kolonialpolitik. Sie beschränkte sich darauf, die Frage der sozialistischen Friedenspolitik, die Frage der Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse und die des Achtstundentags auf die Tagesordnung des Marseiller Kongresses zu setzen, weil das brennende Fragen sind.

Ueber den Verlauf des Kongresses ist manches kritische Wort gesagt worden. Ich gebe zu, daß man die nächsten Kongresse etwas besser vorbereiten und ihren äußeren Verlauf vorher besser durchdenken muß. Wir haben keinen Grund, etwas zu unterlassen, was einer propagandistischen Auswirkung unserer internationalen Ideen dienlich sein könnte. Aber wir waren in Südfrankreich und wissen, daß die französischen Genossen in organisatorischen Fragen nicht solche Auffassungen und Traditionen haben, wie wir es in andern Ländern, wie in Deutschland, gewöhnt sind. Doch das sind Aeußerlichkeiten.

Der Kongreß hat sachliche und bedeutungsvolle Arbeit in langen Tag- und Nachtsitzungen der Kommissionen und des Plenums geleistet. Wir haben Meinungsverschiedenheiten über die zur Verhandlung stehenden Fragen offen ausgetragen, doch immer beseelt von dem Willen, zu einheitlichen Auffassungen und innerer Geschlossenheit zu kommen. Das ist gelungen. Sie dürfen die Beschlüsse des Marseiller Kongresses nicht als Kundgebungen auffassen, die dekorativen Charakter haben, etwa als flammende Aufrufe an die Massen, die mit ihrer Veröffentlichung erledigt sind, sondern Sie müssen die Beschlüsse als Richtlinien für die praktische Politik auffassen. Ich möchte sagen: die Beschlüsse des Kongresses sind ein internationales sozialistisches Aktionsprogramm für die Politik der Gegenwart und der nächsten Zukunft.

Die Hauptfrage war die der sozialistischen Friedenspolitik. Es handelt sich darum, die Friedenspolitik fortzuführen, die wir mit dem Abschluß der Friedensverträge aufgenommen haben. Wir haben bei unseren Beschlußfassungen auch darauf geachtet, in jeder Frage klarzustellen, worin sich die sozialistische Friedenspolitik von der bürgerlich-pazifistischen Politik unterscheidet. Die sozialistische Friedenspolitik baut sich auf die Erkenntnis der gleichen Interessen der Arbeiter aller Länder auf, auf die Mobilisierung der proletarischen Kräfte, auf den Klassenkampf der Arbeiterschaft. Dem Beschluß, der die Frage der westlichen Politik behandelt, geht eine Einleitung voraus, die die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratie zum Kriege und zum Kapitalismus klarstellt. Wir sprechen aus, daß der Kapitalismus immer neue Kriegsursachen gebiert, die endgültig nur überwunden werden können, wenn der Sozialismus verwirklicht ist. Aber da wir auch arbeiten müssen, bis wir den Sozialismus verwirklichen können, müssen wir auch sagen, wie wir uns die tägliche Politik denken und wie wir in jeder Einzelfrage Stellung nehmen. Da haben sich die Parteien, die der Internationale angeschlossen sind, dahin verständigt, daß wir schon heute unsere Kraft einsetzen wollen, um auf die Regierungen und die widerspenstigen bürgerlichen Parteien einen Druck auszuüben und sie auf die Wege zum Frieden zu drängen.

Wir erklären, daß der Völkerbund in seinem Prinzip gebilligt werden kann. Wir übersehen nicht, daß er seine eigentliche Aufgaben noch nicht erfüllt, daß er noch viel zu sehr ein Organ der siegreichen kapitalistischen Regierungen ist, die Politik der wirtschaftlichen Bedrückung, der imperialistischen Bestrebungen fort-

zusetzen. Aber wir sehen im Völkerbund auch einen demokratischen Keim, der entwickelt werden muß, bis wir zu einem internationalen Parlament gelangt sind, in dem die Fragen der internationalen Politik nach denselben Methoden erledigt werden können, wie heute in den Parlamenten der demokratischen Länder Politik gemacht wird. Wir sagen deshalb: dieser Völkerbund bedarf der Reform, er muß erweitert werden und alle Länder umfassen. Er muß demokratisiert werden, damit die arbeitenden Massen der einzelnen Länder einen direkten Einfluß auf die Beschlüsse des Völkerbundes und die gesamte internationale Politik gewinnen. Wir wollen aber den Völkerbund auch nach der Richtung der Erfüllung wirtschaftlicher Aufgaben erweitert wissen. Wir denken dabei an einen internationalen Wirtschaftsrat, der eine Abteilung des Völkerbundes darstellen und unter Beteiligung der Gewerkschaften und der Arbeitergenossenschaften wirtschaftliche Fragen regeln soll; die Verbrauchsregelung, die internationale Produktion, Währungs- und Verkehrsverhältnisse, die Rohstoffverteilung. Wir wollen endlich, daß das System des obligatorischen Schiedsverfahrens restlos durchgeführt wird, auch für alle Fragen, die sich aus den Friedensverträgen ergeben. Wir wollen dahin streben, daß dasjenige Land, das sich diesem Schiedsgerichtsverfahren entgegenstellt oder schiedsgerichtliche Entscheidungen ablehnt, nicht nur als Feind des eigenen Volkes, sondern als Feind der Menschheit behandelt wird, und daß alle sich zusammenfinden, um ein solches Land dahin zu bringen, daß es auf seine Auflehnung gegen die Solidarität aller Länder verzichtet. So ist auch der Absatz der 1. Resolution des Marseiller Kongresses zu verstehen, der von dem Widerstand spricht, der in diesem bestimmten Falle erlaubt ist, und mit dem nicht gemeint ist, wir wären der Ansicht, es sei nach altem Schema zu unterscheiden, ob es sich um einen „Verteidigungs-" oder „Angriffskrieg" handelt. Gemeint ist die Auflehnung eines Landes gegen die friedliche Regelung des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zusammenlebens aller Völker. Ein aufsässiges Land kann auch ohne Giftgas, durch wirtschaftliche Maßnahmen, zur Räson gebracht werden.

Wir wollen ferner — und das ist eine Aufgabe, die sich nach dem Londoner Abkommen für uns ergibt — die Frage der Reparationen zur weiteren Lösung führen. Die Frage der interalliierten Schulden ist noch nicht gelöst und beschäftigt die Arbeiter aller beteiligten Länder. Wir sagen in unseren Beschlüssen, daß die Arbeiter um alle Verbesserungen einen unermüdlichen Klassenkampf führen müssen, daß der Unterricht und die Erziehung im Geiste des Friedens erfolgen, die moralische Abrüstung herbeigeführt werden muß, und daß wir auch bestrebt sein müssen, die materielle Abrüstung herbeizuführen. Nicht nur die Abrüstung eines Landes wie Deutschland, sondern die Abrüstung aller Länder ohne Ausnahme. Für diesen Zweck erstreben wir die Einberufung einer Weltkonferenz, auf der zur Frage der Abrüstung und der Bannung der Kriegsgefahren Stellung genommen werden soll.

Dann kommt ein Kapitel in unseren Beschlüssen, das sich mit dem Genfer Protokoll und dem Sicherheitsabkommen beschäftigt, das jetzt zwischen England, Frankreich, Belgien, Deutschland und Italien erörtert wird. Wir sagen, daß die Sicherheitsfrage zugleich eine Frage der Abrüstung ist und begrüßen die Abrüstungsbestrebungen der sozialistischen Parteien in Dänemark, Holland, Schweden und Norwegen. Wir fordern die Parteien der übrigen Länder auf, diesem Beispiel zu folgen. Wir stellen ferner fest, daß eine Anzahl der angeschlossenen Parteien bemüht sind, dem Völkerbund Kraft und Leben für eine friedliche Arbeit zu geben. Ich erinnere daran, wie gewaltig die Welt in jenen Tagen aufgerüttelt wurde, als auf den Verhandlungen des Völkerbundes in Genf unsere Genossen Macdonald und Branting mit anderen gemeinsam wirkten und der Welt zeigten, wie man praktische Friedenspolitik sofort in Angriff nehmen könnte. Die englische Arbeiterregierung wird dauernd das große welt-

geschichtliche Verdienst für sich beanspruchen können, der Welt einen praktischen Weg gezeigt zu haben, schon heute zum Frieden zu kommen.

Wir stellen fest, daß das Genfer Protokoll, das von der englischen Arbeiterpartei vertreten wurde, auch heute noch richtig ist. Aber wir wissen, daß leider der englischen Arbeiterregierung eine konservative Regierung gefolgt ist und daß auch in Frankreich die Regierung Herriot durch eine andere abgelöst wurde, die nicht mit derselben Entschiedenheit die Politik betreibt, die Herriot betrieben hatte. Wir sehen, daß jetzt die Regierungen maßgebender Länder vom Genfer Protokoll abgerückt sind und sich bemühen, Sonderverträge, Sicherheitsverträge abzuschließen. Da wir im Augenblick nicht die Macht haben, das Genfer Protokoll zu verwirklichen, so sind wir bereit, dem Sicherheitsabkommen unter bestimmten Bedingungen zuzustimmen. Die Sonderverträge dürfen keine geheimen Abmachungen enthalten, ein System der wechselseitigen Garantien ist vorzusehen, das Sicherheitsabkommen ist durch den Völkerbund zu kontrollieren und zu überwachen. Das Sicherheitsabkommen darf sich nicht gegen andere Mächte richten und kein Hindernis für eine allgemeine Abrüstung bilden. Wir haben vereinbart, vor der endgültigen Stellungnahme eine Verständigung zwischen den Parteien der beteiligten Länder herbeizuführen. Wir verkennen nicht, daß ein Sicherheitsabkommen, auch wenn es alle diese Grundsätze erfüllt, nicht eine endgültige Lösung der Friedensfrage darstellen kann, sondern wir müssen darüber hinaus weitere Maßnahmen und Einrichtungen anstreben, die den Frieden in immer umfassenderer und dauernderer Weise gewährleisten können.

Zu den Beschlüssen, die ich eben erläutert habe, machte eine Anzahl von Parteien Vorbehalte. Es war der Genosse Turati aus Italien, der für die Sozialisten Oesterreichs, Rußlands, der Tschechoslowakei, Litauens, Rumäniens und Griechenlands eine Erklärung abgab, sie hätten gegen den Inhalt der Beschlüsse nichts, aber gegen den Ton und den Stil. Eine kürzere Fassung, mehr kritischer Marxismus und eine Verurteilung der Friedensverträge wäre ihnen lieber gewesen. Aber Turati erklärte gleichzeitig für die genannten Parteien — das ist ein gutes Beispiel —, sie werden für die Resolution stimmen und seien erfreut darüber, daß die Sozialistische Arbeiter-Internationale darin ihre Aktionskraft zum Ausdruck bringe. Es stehen also alle Parteien einmütig hinter den Beschlüssen.

Wir mußten auf dem Kongreß auch zu dem Krieg in Marokko Stellung nehmen. Von einigen Seiten wurde angeregt, in unsere Beschlüsse grundsätzlich die Androhung des Generalstreiks für den Fall, daß ein Krieg ausgebrochen ist, aufzunehmen. Was konnten wir nun in bezug auf den Krieg beschließen, der noch in Marokko tobt? Wir haben eine Reihe von Forderungen an die Regierungen in Frankreich und Spanien gerichtet. Wir fordern eine sofortige Aktion der Regierungen zur Wiederherstellung des Friedens. Die Veröffentlichung der Abkommen, die zwischen der französischen und der spanischen Regierung getroffen worden sind, die Bekanntgabe der Friedensbedingungen, die Unabhängigkeit des Rifstaates, die Berichtigung der Grenzen durch friedliche Verständigung, die Einstellung der militärischen Operationen, sobald Friedensverhandlungen eingeleitet sind, eventuell einen Schiedsspruch durch den Völkerbund. Wir wollten dem Rifstaat das Recht verschaffen, dem Völkerbunde beizutreten und erklären endlich, daß es die Pflicht des Völkerbundes sei, einzugreifen und durch Internationalisierung von Meerengen Konflikte zu beheben, die zu Kriegen führen. Wenn wir nun sehen, daß der Krieg in Marokko seit Monaten im Gange ist und daß in Frankreich die Sozialisten und die Gewerkschaften, ohne daß wir sie deswegen anklagen dürften, weder die Kraft noch die Mittel haben, durch eine unmittelbare Massenaktion diesen Krieg zu beenden, wenn wir sehen, daß in Frankreich das Proletariat diesen Krieg mit Erbitterung dulden muß, dann können wir nicht einen Beschluß fassen: ein Krieg, der ausgebrochen ist, muß

durch einen Generalstreik sofort erledigt werden! Mit einem solchen Beschluß hätten wir uns lächerlich gemacht. (Sehr richtig!) Es ist doch viel richtiger, ohne Bemäntelung festzustellen, was man im Augenblick kann und was man nicht kann. (Zustimmung.) Das setzt uns in keiner Weise herab und kann auch nach keiner Richtung hin die Stärke unserer Bewegung herabmindern. Im Gegenteil, wir erfahren dadurch eine innere Stärkung, einen Ansporn, uns erst recht dafür einzusetzen, die Arbeiterbewegung mächtiger zu machen.

In diesem Zusammenhang muß ich auf die Beschlüsse hinweisen, die auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß in Rom und auf dem großen Weltfriedenskongreß im Haag im Jahre 1922 gefaßt worden sind und auf die sich mancher beruft.

Die Sozialistische Internationale hatte in Stuttgart 1907, in Kopenhagen 1910 und in Bern 1912 erklärt, die Parteien seien verpflichtet, durch die Anwendung der ihnen in den einzelnen Ländern am wirksamsten erscheinenden Mittel den Krieg zu verhindern. Man hat niemals den Generalstreik als ein Mittel bezeichnet, das in einem bestimmten Falle, zu einer bestimmten Zeit angewendet werden müsse, sondern man hat es den Ländern überlassen, die geeigneten Mittel in jedem Fall selbst zu bestimmen. Für den Fall, daß der Krieg dennoch ausbrechen sollte, hat man erklärt: es ist die Aufgabe der Sozialdemokraten, für seine rasche Beendigung einzutreten. Ich führe diese Beschlüsse an, um zu zeigen, daß die Internationale auch damals das Problem, was geschehen solle, wenn ein Krieg d e n n o c h ausbricht, nicht gelöst hat.

Nach dem Krieg hat der internationale Gewerkschaftskongreß in Rom im April 1922 beschlossen, den Ausbruch eines Krieges durch einen Generalstreik zu verhindern. Aber auch dieser Kongreß hat keine Antwort auf die Frage gegeben, was die Arbeiter tun sollen, wenn nun der Krieg d e n n o c h ausbricht, wenn die Arbeiter noch nicht stark genug sind, ihn zu verhindern. Der Kongreß fordert: Propaganda gegen den Krieg, Kontrolle der Fabrikation von Waffen und Kriegsmaterial. Der Weltfriedenskongreß vom Haag im Dezember 1922 hat die Beschlüsse von Rom bestätigt und hat auch nicht die Frage geklärt, was geschehen solle, wenn der Krieg d e n n o c h ausbricht. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale sagt in ihrem Statut in Absatz 4, daß sie nicht nur für den Frieden, sondern auch während jedes Krieges ein unentbehrlichs Instrument sein wolle. Sie hat dann in Hamburg beschlossen, daß sie gewillt ist, auf Grund der Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftskongresses, gegen jede Kriegsgefahr anzukämpfen. Darüber hinausgehende Beschlüsse sind heute nicht möglich. Unsere Internationale will die Frage, was soll geschehen, wenn der Krieg d e n n o c h ausbricht, prüfen und in einer späteren Zeit können wir den Versuch machen, auch darauf eine Antwort zu finden. Wenn wir einen Generalstreik für einen bestimmten Fall, für eine bestimmte Zeit ablehnen, so bedeutet das nicht, daß wir auf irgendein geeignetes Kampfmittel verzichten wollen. Wir haben uns auf unsern Parteitag hier mit den Fragen der Massenaktionen, des Generalstreiks, und mit der Frage beschäftigt, wie wir zum Staate stehen, ob wir ihn bejahen oder verneinen sollen. Ich möchte bitten, sich weniger in theoretische Spitzfindigkeiten zu verlieren und lieber einen Augenblick an das zu denken, was wir alle erlebt haben. Ich erinnere an den Kapp-Putsch. Wurde damals überhaupt die Frage erörtert, ob der Generalstreik ausbrechen sollte oder nicht? Wurde er nicht von den Arbeitern, Angestellten und Beamten bis tief ins Bürgertum hinein mit Begeisterung und mit Erfolg durchgeführt? (Sehr wahr!) Wenn ich höre, daß jemand sagt, er wisse noch nicht, ob er der Republik mit Liebe anhänge, er hänge ihr zunächst nur mit dem Verstande an, so fällt mir immer die Zeit des Kapp-Putsches ein. Während des Kapp-Putsches habt ihr alle durch Gut und Blut eure Liebe zur Republik bekundet und habt sie gegen

jene verteidigt, die sie stürzen wollten. (Sehr richtig!) Und da sollten wir noch tiefsinnige Untersuchungen darüber anstellen, ob man die Republik verteidigen kann?! Gewiß, wir alle wissen, daß diese Republik noch ein Klassenstaat ist, daß unser Ziel erst erreicht ist in der klassenfreien Gesellschaft. Wir wissen, wie diese Republik historisch geworden ist, wird sie auch von höheren gesellschaftlichen Organisationsformen abgelöst werden. Schaffen wir also nicht durch abstrakte Auseinandersetzungen Konflikte, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden sind. Es sind Zitate gebraucht worden, klassische und nichtklassische. Gestatten Sie auch mir ein Zitat. Mancher hält es in bezug auf seine Liebe zur Republik mit jenem bekannten Liede von Bach, in dem es heißt: „Willst du dein Herz mir schenken, so sang' es heimlich an!" Genosse Blum hat auf dem Kongreß in Marseille das sehr beachtenswerte Wort geprägt: „Es ist unmöglich, revolutionäre Kampfmittel vorher in Resolutionen zu legalisieren". (Sehr wahr!) Der Generalstreit im Falle eines Krieges bedeutet die Proklamierung der Revolution. Die Revolution beschließt man nicht vorher in Resolutionen, die macht man, wenn die Dinge reif sind.

Nun einiges über die Beschlüsse, die sich mit den Problemen des Ostens beschäftigen. Ich erinnere daran, daß seit dem Sturz der englischen Arbeiterregierung eine Spannung eingetreten ist in dem Verhältnis der kapitalistischen Mächte zu Sowjetrußland, besonders soweit England in Betracht kommt. Die kapitalistischen Mächte, die sich in China, in Indien und in den mohammedanischen Ländern bedroht sehen, sind drauf und dran, eine aggressive Politik gegen Rußland anzubahnen. Wir Sozialisten stellen uns dieser aggressiven Politik entgegen. Die Kriegsgefahr im Osten wird aber nicht nur heraufbeschworen durch die Politik der Kapitalisten, sondern auch durch die Politik der Kommunistischen Internationale, die ja gleichbedeutend ist mit der der Sowjetregierung Rußlands. Diese Internationale, die die bolschewistische Politik in allen Ländern vertritt, lebt immer noch in der Illusion, wir brauchten nur einen neuen Weltkrieg, um diesen Krieg in die Weltrevolution hinüberzuführen und um dann mit Hilfe der Roten Armeen die ganze Welt im Sinne der Bolschewisten zu befreien. Wir sehen ferner, daß im Osten eine große Zahl neuer Staaten entstanden ist. Die Entstehung dieser Staaten bedeutet einen Sieg der Demokratie, der allerdings eingeschränkt wird durch die Interessenvertretung der kapitalistischen Mächte. Wir haben dort einen Zustand ständiger Unruhe; denn alle diese Randstaaten wie Estland, Litauen, Finnland, Georgien sind von beiden Seiten bedroht. Kapitalistische Mächte möchten diese Randstaaten als Sturmbock gegen Sowjetrußland benutzen, und Sowjetrußland möchte diese Randstaaten erobern, wie es Georgien erobert hat, nämlich durch militärische Gewalt und sie dann durch Terror niederhalten. Es ist die Pflicht der Sozialdemokraten, für die Selbständigkeit dieser Staaten einzutreten und die russischen Sozialisten in ihrem Kampf um die innere Demokratisierung in Sowjetrußland zu unterstützen. (Sehr wahr!) Erst wenn in Rußland nicht mehr eine bolschewistische Minderheit über Krieg und Frieden entscheiden kann wie früher in Deutschland Wilhelm II., erst wenn die Völker der Sowjetunion über Krieg oder Frieden entscheiden können, werden wir auch die Kriegsgefahren, die von dort drohen, bannen können. Wir verlangen ferner das Selbstbestimmungsrecht für Armenien, für Georgien, für die Ukraine. Wir wollen überall den arbeitenden Massen die Möglichkeit geben, sich zu entfalten und zu entwickeln. Wir unterstützen unsere russischen Parteigenossen in ihrem Kampf um die politische Demokratie in Rußland, um die gewerkschaftliche Freiheit, in ihrem Kampf gegen jede Art des Terrors und auch gegen die aggressive Politik der Bolschewikiregierung gegen andere Länder. (Sehr richtig!) Gegen den bekannten Plan der Bolschewisten in irgendeinem der kleineren Randstaaten einen Putsch zu machen, um der Roten Armee Rußlands die Möglichkeit des Einrückens und der Unter-

drückung zu geben, müssen wir uns auflehnen. Es ist die Pflicht der Sozialisten aller Länder, den Kampf für die Demokratisierung und Befriedung auch dieser Staaten zu führen. Wir wollen allerdings ebensowenig die Politik jener kapitalistischen Kreise unterstützen, die der Meinung sind, man müsse gegen Rußland losschlagen und dabei Ententearmeen durch Deutschland marschieren lassen. Es ist eine Irreführung, die von den Bolschewisten betrieben wird — ähnliche Auffassungen kommen leider auch in einigen Anträgen an den Parteitag zum Ausdruck —, wenn behauptet wird, die Politik, die ich soeben begründet habe, richte sich gegen den Osten. (Zustimmung.) Es ist keine Rede davon, daß wir irgendeine Politik unterstützen würden, die einen aggressiven Charakter gegen Sowjetrußland trägt. (Sehr richtig!) Wir wollen weder im Westen noch im Osten irgendeine militärische Gewaltanwendung. Wir wollen den Frieden auch nach dem Osten hin und denken nicht daran, vereint mit den Kapitalisten Sowjetrußland niederzuschlagen, weil wir wissen, daß Sowjetrußland durch die Kraft des eigenen Volkes freigemacht werden muß von dem bolschewistischen Terror und weil wir als internationale Sozialisten unsere russischen Genossen in diesem Sinne in ihrem Kampfe unterstützen.

Wir begrüßen dann in unseren Beschlüssen ausdrücklich das Erwachen der arbeitenden Massen, der chinesischen, indischen und mohammedanischen Welt. Wir sehen in diesen Kämpfen zwar noch keine proletarische Revolution, sondern erst jenen großen Prozeß, der sich ja seinerzeit auch in Europa vollzogen hat, den Prozeß des nationalen Erwachens. Wir wissen, daß das Proletariat in jenen Ländern erst am Anfange seiner geschichtlichen Laufbahn steht. Die Bolschewisten versuchen, diese nationalen revolutionären Umwälzungen für ihre Politik auszumünzen. Wenn sie ungehemmt dort wirken könnten, würden sie auch dort nur dazu beitragen, die revolutionären Kräfte zu zersplittern und die Revolution auf Seitenwege zu drängen oder aufzuhalten, wie wir das in den westlichen Ländern erlebt haben.

Wir verlangen das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Asien, in Afrika. Wir fordern Aufhebung des Fremdendrucks, des Systems der Konzessionen, Einführung moderner Arbeiterschutzgesetze. Wir arbeiten, um die proletarischen Massen dieser Länder in eine Linie mit den großen internationalen Organisationen auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet zu bringen.

Wir haben in Marseille auch Stellung genommen zu der Frage der nationalen Minderheiten und auch da eine klare Antwort gegeben. Wir erklären, daß den nationalen Minderheiten, wenn sie in geschlossenen Verbänden leben, Autonomie gewährt werden muß, daß den zersplitterten Gruppen die Gleichberechtigung und Freiheit zu geben ist im Gebrauch ihrer Sprache und ihrer gesamten Kultur. Wir wollen eine internationale Rechtsordnung, begründet auf den Völkerbundspakt nach Artikel 19, eine Revision der Staatenordnung und der Staatengrenzen mit friedlichen Mitteln, mit den Mitteln der Volksabstimmung und des Schiedsgerichts. Wenn die Arbeiter stark genug sind, werden sie diese Mittel wirkungsvoll anzuwenden wissen. Auch in bezug auf die Beschlüsse über die Probleme des Ostens machten einige Parteien Vorbehalte. Der Genosse Brouckère erklärte für Belgien, Frankreich, Polen, Estland, Lettland, Armenien, Bulgarien und einige kleinere Parteien, er hätte eine schärfere Formulierung der Beschlüsse, soweit die Kommunisten in Betracht kämen, gewünscht und die Aufforderung an Rußland in den Völkerbund einzutreten. Er stimme aber der Resolution zu, weil sie das Selbstbestimmungsrecht ohne Einschränkung anerkenne. Auch die Ost-Resolution wurde einmütig angenommen.

Auf die Beschlüsse, die sich auf die Hebung der Lebenshaltung der arbeitenden Massen beziehen, brauche ich nicht weiter einzugehen. Die Frage der Lebenshaltung, die Frage des Achtstundentages sind in Marseille gründlich be-

handelt worden; ich bitte Sie, die Beschlüsse zu studieren. Sie geben uns eine Fülle von Material, eine Fülle von praktischen Forderungen und Anregungen für den gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und politischen Kampf. Wir wollen diese Anregungen beachten und uns bemühen, die Beschlüsse durchzuführen.

So kann ich also zusammenfassend sagen, daß der Marseiller Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale uns eine Fülle neuer Aufgaben gestellt hat, die wir nur lösen können, wenn Massen und Führer sich mit ihrer ganzen Kraft dafür einsetzen. (Lebhafte Zustimmung.) Unser Parteitag hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß auch in Deutschland die Sozialdemokratie innere Festigkeit bekommt und stets wachsende Anziehungskraft auf die indifferenten Massen ausübt. Ich brauche nicht mehr zu sagen, daß es gilt, den Kommunismus zu überwinden; denn er liegt politisch am Boden und wird nicht mehr in ernst zu nehmenden Maße lebendig werden können (sehr wahr!), wenn wir als Sozialdemokraten uns stets der großen Verantwortung bewußt sind, die wir vor der gesamten Arbeiterschaft zu tragen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Ich möchte meine Ausführungen mit einer Erinnerung an jene auch heute noch zutreffenden Worte von Karl Marx schließen, mit denen er in seiner Inauguraladresse die Internationale Arbeiterassoziation begrüßte:

Marx weist nach, daß der Befreiungskampf der arbeitenden Klassen ihren gegenseitigen brüderlichen Beistand erfordert. Wie können sie ihre historische Mission erfüllen, wenn die auswärtige Politik der kapitalistischen Regierungen strafbare Pläne verfolgt, nationale Vorurteile in Bewegung setzt und in Raubzügen das Blut und den Schatz des Volkes vergeudet? Die imperialistische Politik der Kapitalisten hat „den arbeitenden Klassen die Pflicht gelehrt, selber die Mysterien der internationalen Staatskunst zu meistern, die diplomatischen Streiche ihrer Regierungen zu überwachen, ihnen nötigenfalls mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht entgegenzuarbeiten und, wenn außerstande, den Streich zu verhindern, sich zu gleichzeitiger öffentlicher Anklage zu verbinden, und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts zu proklamieren, welche ebensowohl die Beziehungen einzelner regeln als auch die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen sein sollten". (Lebhafter Beifall.) Der Kampf für solch eine auswärtige Politik bildet einen Teil des allgemeinen Kampfes für die Emanzipation der arbeitenden Klassen. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Kirschmann-Köln: Im Zusammenhang mit dem Referat des Genossen Crispien habe ich für die Delegierten des besetzten Gebiets folgende Erklärung abzugeben:

Die Bevölkerung des besetzten Gebietes, insbesondere die Arbeiterschaft, verfolgt mit aufmerksamster Spannung die diplomatische Unterhaltung, die die Schaffung eines Sicherheitspaktes zwischen Deutschland und den Ententestaaten zum Ziel hat. Eine solche Abmachung unter Garantie der beteiligten Nationen kann die erste sichere Grundlage zur Befriedung Europas abgeben, wenn sie im Geiste wirklichen Friedens und gegenseitiger Sicherheit getroffen wird.

Seit Abschluß des Londoner Abkommens sind zweifellos Erleichterungen im besetzten Gebiet festzustellen. Trotzdem geht der gegenwärtige Zustand des Besetzungssystems weit hinaus über die Bestimmungen des Vertrages von Versailles und des Rheinlandabkommens. So stellen wir fest, daß es nicht in den Rahmen einer auf die Befriedung Europas gerichteten Politik paßt, wenn die nördliche sogenannte erste Zone, die vertraglich am 10. Januar 1925 geräumt sein mußte, heute noch besetzt ist. Außerdem müssen aber in Verbindung mit dem Abschluß eines Sicherheitsvertrages im unmittelbaren Interesse des besetzten rheinischen Gebietes weitere Forderungen erhoben werden.

Deshalb erwartet die Bevölkerung des besetzten Gebietes bei dem Zustandekommen eines Sicherheitspaktes

bis zur baldigen restlosen Beseitigung der militärischen Besetzung des Rheinlandes eine sofortige weitgehende Einschränkung der Zahl der Besatzungstruppen,

eine grundlegende Aenderung des Delegiertensystems und Beschränkung der Ordonnanzen auf den ursprünglichen Zweck, den Unterhalt, die Bedürfnisse und die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gewährleisten.

Unerträglich und mit der Würde eines Kulturvolkes unvereinbar ist die Einrichtung der Polizei und Kriegsgerichte im besetzten Gebiet. Die deutsche Justiz- und Verwaltungshoheit, die von den Besatzungsbehörden in Widerspruch mit Verträgen und Abmachungen in ungezählten Fällen verletzt wird, ist restlos und garantiert wiederherzustellen. Als Grundlage einer wahren Verständigung zwischen den Nationen ist zu fordern:

Uneingeschränkte persönliche und politische Freiheit (Recht auf Versammlung und freie ungehinderte Rede, Aufhebung der bestehenden Zeitungs- und Zeitschriftenverbote und Verhinderung neuer Repressalien gegen politische Vereine und politische Druckerzeugnisse).

Beseitigung der Briefzensur.

Uneingeschränkte persönliche Bewegungsfreiheit innerhalb des besetzten Gebietes und zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet.

Den sichtbarsten Beweis guten Willens der Besatzungsmächte würde die Bevölkerung des besetzten Gebietes in einer Beseitigung der Personen erkennen, die unter Ausnützung ihrer amtlichen Stellung seit nun fast sieben Jahren ihre Hauptaufgabe darin erblicken, mit Hilfe zweifelhafter Elemente deutsches Land vom Mutterland zu trennen.

In der Räumung des Einbruchs- und Sanktionsgebietes erkennt die Bevölkerung im besetzten Gebiet einen Erfolg der vornehmlich von der Sozialdemokratie betriebenen und gestützten Außenpolitik. (Bravo!) Die in der Sozialdemokratischen Partei und in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer im besetzten Gebiet wendeten sich von jeher, frei von nationalistischem Ungeist, mit Aufbietung ihrer ganzen organisierten Kraft unter Einsetzung von Gut und Leben gegen die versteckten und offenen Bestrebungen auf Trennung der rheinischen Lande von dem Gebiete der deutschen Republik. (Bravo!) Mit gleicher Entschiedenheit wird sie aber auch nach wie vor gegen die nationalistische Hetze und Demagogie im eigenen Lande Stellung nehmen. Sie verurteilt daher die Bestrebungen, die sogenannten Befreiungsfeiern aus Anlaß der Ruhrräumung zu nationalistischen Demonstrationen herabzuwürdigen.

Die Delegierten des besetzten Gebietes sind überzeugt, daß sich die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages in Fortsetzung ihrer seitherigen Politik auf den Boden dieser Erklärung stellen und ihre ganze Kraft für die Durchführung der darin aufgestellten besonderen Forderungen einsetzen wird. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Wels**: Ich glaube im Sinne des ganzen Parteitages zu handeln, wenn ich der Auffassung Ausdruck gebe, daß diese Erklärung und ihr Inhalt nicht nur die Auffassung der Delegierten des besetzten Gebietes ist, sondern daß sich der Parteitag diese Auffassung restlos zu eigen macht. (Bravo!)

Wir treten jetzt in die Diskussion ein.

Tony **Sender**-Dresden: Wenn ich auch anerkennen muß, daß der Kongreß von Marseille ein Fortschritt gegenüber der ersten Gründungstagung von Hamburg gewesen ist in der Behandlung der Zusammenhänge der internationalen Probleme, so können wir mit diesem Fortschritt allein noch nicht zufrieden sein. Wir müssen uns klar sein, was wir von einer Inter-

nationale verlangen müssen. Genosse Crispien hat hervorgehoben, wozu sie noch nicht imstande sei. Ich verlange keineswegs etwa schon Proklamationen, von denen die Internationale glaubt, die Möglichkeit zu ihrer Durchführung stände nicht dahinter. Wollen wir aber diese Möglichkeit herbeiführen, dann gilt es, sich über die Aufgaben dieser internationalen Organisation klar zu werden. Es genügt nicht, daß die Internationale zu Tagungen zusammentritt, die an sich schon eine Demonstration bedeuten. Es genügt auch nicht, daß die Internationale Verständigungen über parlamentarische Kooperationen herbeiführt, wenn ich die erzielte Uebereinstimmung über die Arbeiten der sozialistischen Fraktionen in den europäischen Parlamenten über die Frage des Sicherheitspaktes auch als einen Fortschritt betrachte. Die Internationale muß, um das erreichen zu können, was Crispien im Moment als noch nicht erreicht hinstellt, in den Massen der Arbeiterklasse lebendig werden. (Sehr richtig!) Wir müssen feststellen, daß sie das heute noch nicht ist. Die Internationale ist aber heute bereits gefestigt genug, um ihr weitere Aufgaben zuweisen zu können, Dazu gehört vor allen Dingen, daß die Internationale vor der ganzen Oeffentlichkeit nicht nur die aktuellen Fragen der Tagespolitik behandelt, sondern darüber hinaus die prinzipiellen Gegensätze innerhalb des Sozialismus und zwischen den verschiedenen sozialistischen Parteien diskutiert. Der Sozialismus ist in der Gedankenwelt der Arbeiterschaft der industriellen Länder heute genügend verankert, um diese öffentliche Diskussion ohne Schaden vornehmen zu können. Deshalb müssen vor jeder internationalen Tagung die Tagesordnungspunkte des internationalen Kongresses auf den Parteitagen der einzelnen Länder in aller Oeffentlichkeit behandelt werden. Wenn Sie den Zustand, den Crispien beklagt hat, beseitigen wollen, wenn Sie glauben, daß der internationale Gedanke, der Wille zum internationalen Handeln bei verschiedenen Völkern und auch bei uns noch nicht genügend fortgeschritten sei, dann müssen wir alles dafür tun, um die Voraussetzungen dazu zu schaffen, da gilt es in erster Reihe das allgemeine Interesse zu wecken, um die hohe Bedeutung dieser internationalen Aktionen in dem Denken der proletarischen Massen lebendig werden zu lassen. Dazu ist es notwendig, daß wir die Fragen, die starke Differenzpunkte bilden können, die Nationalitätenfrage, die auch auf dem Marseiller Kongreß angeschnitten wurde, die Art der Beteiligung von sozialistischen Parteien an der Regierung, insbesondere auch die Möglichkeit von Aktionen gegen den Krieg zunächst in den Sektionen der Landesorganisationen behandeln. So naiv ist doch keiner von denen, die wünschen, daß die Internationale lebendig und aktiv werden muß, daß sie insbesondere in kritischen Stunden in Aktion treten muß, um zu glauben, es ließe sich ein bestimmtes Kampfmittel als das alleinige Allheilmittel proklamieren. Vielmehr müssen die Massen dazu erzogen werden, daß sie wissen, es genügen nicht schöne Verbrüderungsszenen, sondern dahinter muß ein starker Opferwille stehen, um künftig für immer ein solches Aufeinanderprallen der Arbeiterschaft der verschiedenen Länder zu verhindern. (Sehr gut!)

Die Massen müssen auch mit den Problemen der Außenpolitik beschäftigt werden, soweit sie die Probleme der Tagespolitik betreffen. Ich unterstreiche nochmals: ich halte es für einen Fortschritt, wenn wir in der Frage des Sicherheitspaktes zu einer Verständigung mit den Sozialisten der anderen beteiligten Staaten gelangt sind. Ich betrachte auch die Auseinandersetzung mit den englischen Genossen als sehr nützlich, die von dem einseitigen Sicherheitspakt gegenüber dem Genfer Protokoll Gefahren befürchteten. Das richtet unsere Aufmerksamkeit darauf, daß der Sicherheitspakt nicht in der Hand der Regierung dazu gebraucht werden darf, einen Ring um Rußland zu bilden. Ich weiß,

daß das kein Sozialist beabsichtigt. Das darf uns aber nicht hindern, wachsam zu sein. Denn wenn wir in dieser Linie Handlungen einer Rechtsregierung zu unterstützen haben, müssen wir uns auch darüber klar sein, daß Stresemann, seine Freunde und die Rechtsparteien mit dem Sicherheitspakt eine andere Absicht als wir verfolgen. (Sehr richtig!) Hinter diesen Absichten steht der Wille, Deutschland wieder zu einer Machtposition zu verhelfen und, indem man zunächst pazifistische Methoden einschlägt, die Voraussetzungen zu schaffen, Deutschland wieder in die Reihe der Staaten zu bringen, die imperialistische Politik betreiben. (Sehr richtig!) Gegenüber dieser Gefahr müssen wir von vornherein sehr wachsam sein. Wenn sich die verschiedenen kapitalistischen Mächte zusammensetzen, um über einen Friedenspakt zu verhandeln, sind sie deshalb prinzipiell nicht friedliebend geworden, denn zu gleicher Zeit, da England und Frankreich diese Verhandlungen mit uns zur Befriedung durch den Sicherheitspakt führen, haben wir das Vorgehen Englands in Indien, das Eingreifen der Großmächte in China und eine Reihe andere Konflikte, und sehen, daß dieselben Großmächte, die über den Frieden verhandeln, zu gleicher Zeit bereit sind, in anderen Teilen der Welt ihre Herrschaftsabsichten mit kriegerischen Mitteln zu unterstützen. (Sehr richtig!) Wenn wir also in der Außenpolitik bestimmte Schritte der Rechtsregierung gutzuheißen haben, so müssen wir doch unsere Motive und unsere eigenen Ziele vollkommen klar und getrennt halten.

Bei einem Vorkommnis im Reichstag scheint mir diese Linie verlassen worden zu sein, nämlich bei der Behandlung der polnischen Optantenfrage. Selbstverständlich protestieren wir gegen das Vorgehen Polens in der Optantenfrage. Wir gehen aber auch darin eine getrennte Linie von den bürgerlichen Parteien. Deshalb betrachte ich es als unglücklich und falsch, daß man im Anschluß an die Optantendebatte im Reichstag zu einer gemeinsamen Erklärung mit den bürgerlichen Parteien gelangt ist, einer Erklärung, die sogar den Gedanken von Repressalien in sich schließt. Wir als Sozialdemokraten waren immer gegen Repressalien in der auswärtigen Politik und sollten es gerade in dieser Frage Polen gegenüber um so mehr sein, als Deutschland sich in einem Wirtschaftskrieg mit Polen befindet, den wir auch wahrlich nicht gutheißen können, wobei wir uns in erfreulicher Uebereinstimmung mit dem Vertreter der polnischen Sozialdemokratie, Genossen Diamand befinden, der sich in der Eröffnungssitzung dieses Parteitags gegen den polnischen Wirtschaftskrieg ausgesprochen hat. Wenn in irgendeiner Frage, so kommt in der Frage unseres Verhältnisses zu Polen der Umstand am stärksten zum Ausdruck, daß man zunächst mit nichtkriegerischen Mitteln bestrebt ist, zu einer Machtstellung zu gelangen, um alsdann die Korrektur der Grenze mit anderen Methoden vorzunehmen, als wir Sozialisten es wünschen. Darum sollten wir gerade Polen gegenüber unsere eigene politische Linie streng einhalten. Das wird für die zukünftige Politik von hoher Bedeutung sein.

Wenn ich die Beschlüsse des Marseiller Kongresses streife, so kann man mit einem Teil in jeder Resolution einverstanden sein. Die meisten aber durchzieht ein Gedanke, vor dem wir aufs schärfste zu warnen haben. Wir sind für den Eintritt in den Völkerbund, auch für seine Ausgestaltung und Demokratisierung. Zu gleicher Stunde aber warnen wir, Illusionen wach werden zu lassen, als könne man mit dem Völkerbund alles erreichen. (Sehr richtig! und Zurufe.) — Wenn Ihr Euch dagegen wendet, Genossen, ich weiß nicht, ob Ihr Euch getroffen zu fühlen braucht. Ich wende mich nur dagegen, daß bestimmte Sätze und Formulierungen in den Resolutionen solche Illusionen zu nähren geeignet sind. (Zuruf vom Vorstandstisch: Wir wollen nur die Einmütigkeit bekunden!) — Wenn Sie die Einigkeit wollen, so darf uns das nicht hindern,

Klarheit zu schaffen, damit wir auf dem nächsten Kongreß zur Einigkeit gelangen auf einer klareren Basis und nicht die Möglichkeit zu Illusionen und Verwirrung schaffen, wie sie die Marseiller Resolutionen noch bieten. Deshalb warne ich davor, einen internationalen Wirtschaftsrat vorzuschlagen, der die internationale Verteilung der Rohstoffe, das Preisniveau regeln und das Hochschutzzollsystem abschaffen soll. Glaubt man, daß die Vertreter, die in den Parlamenten ihrer eigenen Nation den Hochschutzzoll eingeführt haben, nach Genf gehen und dort dagegen wirken werden! Solche Möglichkeiten der Regelung der internationalen Wirtschaftsorganisation durch die Vertreter kapitalistischer Regierungen erreichen zu wollen, davor warnen wir. Ich glaube, mit dieser Warnung der Internationale den besten Dienst getan zu haben, und bewege mich dabei auf derselben Linie wie Crispien, wenn er vor Illusionen gegenüber den Massenaktionen gewarnt hat. Warnen wir vor Illusionen gegenüber Massenaktionen, solange wir noch nicht die praktischen Möglichkeiten zu deren Verwirklichung zu haben glauben, aber warnen wir nicht minder vor Illusionen nach der Seite, die glaubt, mit Hilfe des Völkerbundes erreichen zu können, was nur im sozialen Machtkampf zu erobern sein wird.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Internationale nur die Kraft und den Wert hat, den die einzelnen nationalen Glieder ihr zu geben vermögen! Wenn wir ihr von uns aus diese Kraft verleihen wollen, dann müssen wir auch darauf hinwirken, unsere eigene Partei zu einem starken und tatkräftigen Instrument der revolutionären Umgestaltung zu machen. Ich weiß, daß, wenn wir von revolutionärer Umgestaltung sprechen, es immer einzelne gibt, die mit überlegenem Lächeln solcher revolutionären „Romantik" gegenüberstehen. Aber Genossen, man hat keine Ursache zu solchem überlegenen Lächeln, denn nie in der Geschichte sind große Taten vollbracht worden ohne diesen starken Glauben an eine große Idee, ohne den starken Glauben daran, daß der Wille zur revolutionären Tat allein diese große Idde verwirklichen kann. (Bravo! und Händeklatschen.)

Loeb-Frankfurt: Schon allein die Rednerfolge zu diesem Tagesordnungspunkt beweist, daß es für einen Durchschnittsparteigenossen nicht leicht sein wird, einen Standpunkt zu vertreten, von dem nicht von vornherein feststeht, daß er mit dem des Genossen Breitscheid übereinstimmt. Aber, verehrte Genossen und lieber Genosse Breitscheid, „mit Ihnen, Herr Doktor, zu spazieren, ist ehrenvoll und bringt Genuß!" (Lebhafte Zurufe.) — Ich weiß, daß ich falsch zitiert habe, das ist mit Absicht geschehen.

Nicht nur in Deutschland, sondern in so ziemlich allen Ländern der Erde, die irgendwie am Weltkrieg beteiligt waren, sind die sozialistischen Organisationen durch starke nationale Interessen und durch eine nicht ungeschickte Beeinflussung der öffentlichen Meinung von ihrem internationalen Standpunkt abgedrängt worden. Teilweise haben Anschauungen Platz gefunden, bei denen das Nationale nicht sehr weit vom Nationalistischen entfernt war. Ein großer Teil von Parteigenossen glaubte in der Angst um die eventuellen Folgen, sehr stark auf ihre nationale Betätigung Wert legen zu müssen. (Zurufe.) — Das war, um Ihnen nur ein Beispiel zu nennen, vor ganz kurzer Zeit der Fall, als man sich gegen die Beteiligung an den Rheinlandfeiern durch das Wiederaufleben der Aktionsausschüsse während des Ruhrkampfes mit der Begründung wandte, man könne sich mit den Deutschnationalen nicht an einen Tisch setzen, weil sie uns die nationale Betätigung abgesprochen hätten. (Sehr richtig!) — Ich glaube, es ist nicht sehr richtig; denn nach meiner Auffassung müßte in allen Resolutionen, die mit den Deutschnationalen gefaßt werden sollen, die Sozialdemokratie prinzipiell sehr vorsichtig sein.

Es liegt dem Parteitag ein Antrag 223 vor, durch den wir den Antrag 147

als erledigt zu betrachten bitten. In diesem Antrag wird verlangt, daß die Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit jede Politik ablehnt, die auch nur im entferntesten die Gefahr mit sich bringt, daß wir in die drohenden kriegerischen Entwicklungen einbezogen werden. Wir haben es beim oberschlesischen Abstimmungskampf erlebt, wie schnell eine an sich kleine Organisation unter Umständen Konflikte hätte herbeiführen können, die wir alle hinterher bedauert hätten. Wir haben uns in unserm Antrag deutlich ausgedrückt, daß wir die imperialistischen Bestrebungen sowohl des konservativen Englands, das so gern eine Einkreisungspolitik gegen Rußland nicht wegen der von dort drohenden bolschewistischen Gefahr allein, sondern wegen der ungeheuren Bedeutung Rußlands in der Weltherrschaft treibt, ablehnen. Auch lehnen wir es ab, uns zur Schachfigur der imperialistisch geleiteten bolschewistischen Politik machen zu lassen. Es ist einmal der Ausdruck gefallen, wir müssen Rußland einkreisen, denn von dort kommt das Uebel. (Zuruf: Wer hat das gesagt?) — Das kann ich Ihnen leider Gottes nicht sagen, weil es aus einer vertraulichen Besprechung stammt. (Erneuter Zuruf.) Ich wollte damit nur kennzeichnen, daß es auch solche Ideen bei uns gibt. (Unruhe.)

Wir haben die Pflicht, uns gegen die russischen imperialistischen Bestrebungen genau so zu wenden, wie wir bei Abschluß des Sicherheitspaktes darauf zu achten haben, ob dieser Pakt nicht ein Vertrag mit Frankreich wird, der uns durch die natürliche Lage Deutschlands mit den östlichen Staaten in Konflikte bringen kann. Deutschland ist entwaffnet. Die Genossin Sender hat auf die Gefahren hingewiesen, wenn man erst auf pazifistisch verbrämter Grundlage versucht, imperialistische Politik zu treiben. Unser Kampf mit der Wirtschaft Polens ist imperialistische Politik. Wenn sich die Herren über die ungeheuren Schäden für die deutsche Wirtschaft aus diesem Wirtschaftskrieg klar gewesen wären, wäre man vielleicht bei den Verhandlungen etwas weniger arrogant aufgetreten, vielleicht viel weniger aus eigener Veranlassung als aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten heraus. Im Krieg wurden alle Einwände mit der Begründung militärischer Notwendigkeiten abgetan.

Bei der Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft hat man die Interessenten gehört und sich der wirtschaftlichen Notwendigkeit gebeugt, und heute ist man schnell bereit, auf Grund sogenannter außenpolitischer Notwendigkeiten sehr viel Dinge zu machen, die im Endergebnis anders aussehen, als wie sie vorgelegt werden. Wir verlangen eine scharfe Politik gegen jeden Imperialismus, aber wir verlangen Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland, da Rußland ein Agrarstaat in weitem Umfange ist. Man sieht aber immer wieder, wie die Leute vom Reichswirtschaftsministerium, dessen Minister Neuhaus ja nur ein Gefangener der Interessentengruppen ist, das Fortschreiten der Verhandlungen unterbinden. Daß Rußland als agrarischer Ausfuhrstaat in Frage kommt, kann niemand bezweifeln, der die riesenhaften Mengen von russischem Getreide sieht, die an den Börsen von Mannheim, Hamburg und Berlin gehandelt werden. Während wir das Getreide aus Ostpreußen, Westpreußen und Pommern nach Belgien und Frankreich bis auf den Januar hinaus verkauft haben, handelt man die Ausfuhrscheine, die dafür gegeben sind, auf süddeutschen Märkten allerdings schon mit einem gewissen Nachlaß. Im Januar und Februar aber müssen wir überlegen, wo wir das Getreide wieder herbekommen. Dann brauchen wir einen russischen Handelsvertrag, der uns ermöglicht, das Getreide auf der Basis einer gleichberechtigten Ausfuhr einzuführen. Das leuchtet höchstens denen nicht ein, die in allem, was von Rußland kommt, eine Gefahr sehen. Ich bin mir über die Wirkungen des Bolschewismus klar, aber das russische Getreide führt keinen Bolschewismus mit sich, und die Reinigungsanlagen der deutschen Mühlen sind so glänzend, daß sie jenen Infektionsbazillus vertilgen können.

Wenn ich Sie bitte, diesem Antrag zuzustimmen, so deswegen, weil ich glaube annehmen zu dürfen, sogar mit dem Parteivorstand und der Fraktion einig zu gehen — weil er nichts enthält, mit dem man nicht einverstanden sein kann. Oder will die Reichstagsfraktion nicht den Kampf gegen die Einkreisung Rußlands? Will sie nicht den Sicherheitspakt oder nicht den Kampf gegen den von Sowjetrußland geführten Imperialismus? Handelsverträge will sie doch sicherlich haben, und den Krieg bekämpft sie ebenso wie wir.

Gewiß gibt es Bedenken und andere verschiedene Kleinigkeiten, die Rücksicht verlangen. Wenn die Genossen über diesen Antrag abstimmen, sollten sie Rücksicht auf das Leben ihrer Genossen und auf die Tatsache nehmen, daß auch in diesem Falle die rote Fahne das Panier der internationalen Verständigung ist. (Beifall.)

Breitscheid-Berlin: Genosse Loeb machte eine Bemerkung über die Reihenfolge auf der Rednerliste, knüpfte daran auch einige mehr oder weniger schmeichelhafte Worte an meine Adresse. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß ich ohne besonderes Zutun das Vergnügen habe, unmittelbar hinter dem Genossen Loeb zu sprechen, und daß es sehr schwer ist, auf eine Rednerliste zu kommen, auf der Genosse Loeb nicht steht (große Heiterkeit), daß es infolgedessen aus dem sachlichen Interesse, das uns beiden eignet, gekommen ist, daß ich die Ehre habe, unmittelbar hinter ihm zu sprechen. Wenn er sich als Durchschnittsgenossen bezeichnete, so wird damit eine Frage aufgeworfen, über die zu urteilen ich mich nicht für befugt halte; darüber müssen die andern Genossen entscheiden.

Gestatten Sie mir nun einige Worte zu dem von Loeb so warm empfohlenen Antrag. Ich verbinde damit einige Worte der Begründung für den Antrag 228 des Genossen Müller, der auch von mir unterstützt ist. Loeb meinte, es sei ganz unmöglich, gegen seinen Antrag zu stimmen, weil darin nur Dinge enthalten seien, von denen er annehme, daß auch der Parteivorstand sich mit ihnen identifiziere. Bis zu einem gewissen Grade ist das zweifellos richtig, aber ich glaube doch, daß der Geist, aus dem der Antrag geboren ist, immerhin ein Geist der Kritik an dem Verhalten ist, das die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in der auswärtigen Politik bisher an den Tag gelegt hat. (Loeb: Das ist gar nicht beabsichtigt!) Es ist nicht beabsichtigt, aber es ist dann unbeabsichtigt in Ihren Worten enthalten.

Es ist ja verständlich, wenn eine Kritik besonders an unserer Stellung gegenüber dem Sicherheitspakt geübt wird, weil es sich hier um eine Maßnahme handelt, die von einer Regierung ausgeht, zu der wir in scharfer Opposition stehen. Auch hier wird die Frage wieder lebendig: Was hat die sozialdemokratische Fraktion in der Opposition zu tun? Ich glaube, daß Sie mit mir übereinstimmen, daß unbeschadet unserer gegensätzlichen Haltung zur allgemeinen Tendenz des Kabinetts Luther wir verpflichtet gewesen sind, ihm auf diesem Wege zu folgen oder besser gesagt, auf diesem Wege voranzugehen, weil der Sicherheitspaktgedanke in der Linie derjenigen Politik liegt, die wir seit Jahr und Tag unterstützt haben und die auf zahlreichen Konferenzen unserer Internationale festgelegt worden ist. Wir lieben das Kabinett Luther nicht, auch nicht den Außenminister in diesem Kabinett. Aber das dürfte uns nicht veranlassen, in eine grundsätzliche Opposition dann einzutreten, wenn von der Regierung etwas unternommen wird, was im wesentlichen mit unseren Forderungen übereinstimmt.

Wenn gesagt wird, Stresemann habe andere Motive als wir, so will ich nicht prüfen, ob das im einzelnen richtig ist. Aber wenn es auch richtig ist, so stimmen wir nicht über Motive ab, sondern treiben diese Politik in der Erwartung und Absicht, daß wir ihr zuletzt auch den Ausdruck und die Auswirkung geben können, die wir ihr von unserem Standpunkt aus geben wollen. So machen wir in der Opposition eine Politik mit der Regierung, von der wir genau wissen, daß sie von der stärksten Regierungspartei zum mindesten mit sehr starkem Mißtrauen verfolgt wird. Wenn es in der Folge dahin kommt, daß die Deutschnationalen ihr trotzdem zustimmen, so dürfen wir uns dieses Erfolges rühmen und feststellen, daß die Deutschnationalen um des Linsengerichts der Beteiligung an der Regierung willen ihre so laut verkündeten Grundsätze preisgegeben haben.

Nun wird uns gesagt: die Gefahr besteht darin, daß hier eine Einkreisung Rußlands geplant wird. Der Genosse Loeb hat auf eine Aeußerung Bezug genommen, aus der hervorging, wir müßten Rußland einkreisen, wir müßten gemeinsam mit den anderen gegen Rußland marschieren aus irgendwelchen Motiven heraus, die vielleicht mehr in dem parteipolitischen Gegensatz zwischen uns und der russischen herrschenden Richtung liegen. Genosse Loeb, wenn man man solche Ausführungen vor dem Parteitag zitiert, muß man auch erklären, woher sie kommen. (Sehr richtig!) Sonst schweigt man, denn sonst haben diese Aeußerungen keine Autorität, man trägt sie nicht weiter, weil dadurch Stimmungen und Vermutungen erweckt werden können, die für die Partei oder einzelne ihrer Mitglieder nachteilig wirken. Es gibt keine maßgebende Stelle in der deutschen Sozialdemokratie, die auch nur andeutungsweise mit dem Gedanken gespielt hätte, eine Politik zu unterstützen, die sich gegen den Bestand von Sowjetrußland richtet. (Sehr wahr!) Wenn uns gesagt wird, der Sicherheitspakt habe eine versteckte Spitze gegen Sowjetrußland, so muß uns dafür der Beweis erbracht werden. Diesen Beweis ist Loeb uns auch schuldig geblieben. Der Beweis k a n n nicht erbracht werden, wenn man sich darauf beruft, daß einzelne Mitglieder unserer englischen Bruderpartei sich gelegentlich dahin geäußert haben, so weiß Genosse Loeb so gut wie wir, daß das nicht die offizielle Auffassung der englischen Labour Party ist, die mit uns die Resolution in Marseille angenommen hat. Wenn die Labour Party sich gegen den Sicherheitspakt skeptischer verhält als wir, so wollen wir nicht vergessen, daß sie in die Lage versetzt ist, für jenes von Macdonald begründete und unterstützte Genfer Protokoll eintreten zu müssen, für das wir ebenso eintreten wie die britische Labour Party, wobei wir nur den Vorteil haben, daß wir nicht in demselben Maße für jenes Genfer Protokoll engagiert gewesen sind wie die Labour Party, und wobei wir nachdrücklichst sagen können: der Sicherheitspakt ist, kann und soll sein nur ein Schritt auf dem Wege, an dessen erstem Abschnitt die Verwirklichung des Genfer Protokolls steht. So sage ich, daß ein Beweis für die Absichten einer Einkreisung Rußlands auf dem Wege über den Sicherheitspakt nicht erbracht ist.

Wenn nun nicht nur bei uns, sondern in verstärkter Form von kommunistischer Seite aus uns der Vorhalt gemacht wird: Ihr müßt wählen zwischen Westen und Osten und müßt als proletarische Vertreter für den Osten gegen den Westen eingreifen, — so behaupte ich, daß dieser Gegensatz künstlich gemacht und an den Haaren herbeigezogen ist. Wir haben nicht zu wählen zwischen dem kapitalistischen Westen und dem proletarischen Osten, sondern die Frage ist die: Was liegt im gegenwärtigen Moment im Interesse des gesamten deutschen Volkes und insbesondere dem der deutschen Arbeiterklasse, und durch welche Politik können wir am besten den unmittelbar drohenden Kriegsgefahren entgehen? Da sind wir zu der Entscheidung gekommen: der Gefahrenpunkt liegt dort, wo wir uns nach dem Westen hin abgrenzen. Diesen Gefahrenpunkt zu beseitigen, ist unsere wichtigste Aufgabe.

Die Verständigung zwischen uns und dem Westen, vor allem dem französischen Westen herbeizuführen, ist die dringendste Notwendigkeit des gegen-

wärtigen Augenblicks, selbstverständlich, ohne daß wir uns dadurch gegen den Osten festlegen, denn wir stehen unbeschadet aller parteipolitischen Differenzen gegenüber den deutschen und den russischen Kommunisten auf dem Standpunkt: Hände weg von Sowjetrußland!

Was bedeutet nun die andere Möglichkeit, eine Orientierung nach dem Osten hin? Sie bedeutet zum mindesten keine Erleichterung in unserem Verhältnis zum Westen. (Sehr richtig!) Sie bedeutet darüber hinaus eine Verstrickung in jene imperialistische Politik, die Sowjetrußland in Asien treibt. (Sehr richtig!) Dazu kann sich die deutsche Sozialdemokratie nicht bereit finden. Es bedeutete, daß wir sozusagen zu Hilfstruppen jener aus angeblich proletarischen, in Wirklichkeit aber aus anderen Erwägungen geborenen Politik würden, die in Asien gegen England und Frankreich und andere Kolonisationsstaaten unternommen wird. Es bedeutete für uns, daß wir, die wir unmittelbar vor den Toren des Westens liegen, die ersten Schläge auszuhalten hätten für das, was die Russen in ihrer asiatischen Politik treiben. (Sehr gut!) Deshalb sind wir genötigt, die westliche Orientierung aufzunehmen, was nichts anderes heißt als: dort ist für Beruhigung zu sorgen, für die Herstellung eines erträglichen Verhältnisses, wo es nach Lage der Dinge am unmittelbarsten und dringendsten notwendig ist.

Hindert uns das, in Handelsbeziehungen mit dem Osten einzutreten? Ich glaube, da spielen proletarische und kapitalistische Erwägungen nur eine geringe Rolle. Das kommunistische Rußland bemüht sich lebhaft, mit den kapitalistischen Staaten des Westens zu Verträgen und Vereinbarungen zu gelangen. (Sehr richtig!) Wenn ihm das gelingen würde, würde es um unserer schönen Augen willen keine Schritte unternehmen, um uns aus den Schwierigkeiten zu befreien, die in unserem Verhältnis zum Westen liegen. Soweit gehen wir allerdings nicht wie Genosse Loeb, der gleich mehrere Handelsverträge mit Rußland abschließen will. Wir wollen nur einen Handelsvertrag abschließen, von dem wir hoffen, daß er möglichst schnell und günstig zustande kommt und daß er nicht an der russischen Forderung scheitert, die uns daran hindern will, daß wir irgendeinem asiatischen Staat neben Rußland das Meistbegünstigungsrecht zugestehen. (Hört, hört!) Daß wir für Handelsverträge sind, brauchen wir nicht mehr zu beweisen. Wir haben den dringenden Wunsch, mit Rußland zum Vertrag zu kommen, auch aus den von Loeb angeführten Gründen, und wir hoffen nur, daß das Getreide aus Sowjetrußland tatsächlich in so reichem Maße fließen wird, daß die deutsche Arbeiterbevölkerung davon in hohem Maße Nutzen ziehen kann. Wenn ich deshalb zu dem Ergebnis komme, daß der Antrag Loeb doch nicht ganz so herrlich ist, wie er ihn dargestellt hat, so muß ich auch sagen, daß wir einen Antrag eingebracht haben, in dem alles Notwendige enthalten ist ohne die zu mehrfacher Auslegung die Möglichkeit gebenden Sätze, die im Antrag Loeb enthalten sind.

Zum Schluß noch ein Wort über das, was die Genossin Sender über unsere Stellung zum Völkerbund gesagt hat. Wir Sozialisten wissen ganz genau, daß der heutige Völkerbund nicht die Erfüllung unserer Ideale darstellt. (Sehr wahr!) Ich habe in Marseille ausdrücklich gesagt: Wenn der Völkerbund das wäre, dann brauchten wir keine Arbeiterinternationale. (Sehr richtig!) Wir wissen, daß der Völkerbund heute eine Vertretung kapitalistischer Staaten ist, und daß aus ihm nur etwas werden kann, was uns bis zum letzten gefällt, wenn die Staaten, die dort vertreten sind, selbst von sozialistischem Geist durchdrungen sind. Aber der Völkerbund ist die einzige Form, die im kapitalistischen Staatssystem vorhanden ist, die die Möglichkeit gewährt, auch in kapitalistischen Staaten die Ansätze, die — aus kapitalistischen Interessen heraus — für die Erhaltung des Friedens vorhanden sind, zu sichern und zu stärken.

Wir wissen weiter, daß, wie die Dinge in Europa und in der Welt liegen, Deutschland die berechtigten Forderungen, die man stellen kann, ohne in den Geruch der nationalistischen Gesinnung zu kommen — und ich glaube, Genosse Loeb könnte mich am allerwenigsten mit denen meinen, die den Nationalisten Zugeständnisse machen, denn ein so notorischer Landesverräter wie ich kommt dabei nicht in Frage (Heiterkeit) — nicht außerhalb, sondern nur innerhalb des Völkerbundes mit Aussicht auf Erfolg stellen kann. So viel uns Sozialisten und uns Deutschen an diesem Völkerbund auch nicht gefallen mag, so wird er für uns dadurch nicht günstiger, daß wir draußen bleiben. (Sehr gut!) Was wir erreichen können, vermögen wir nur durch Mitwirkung im Völkerbund, bei aller Zurückhaltung gegenüber seinem gegenwärtigen Charakter. Wir wollen ihn als Instrument auch für uns benutzen. Wir stehen zum Völkerbund vielleicht ähnlich wie viele von uns zu der gegenwärtigen kapitalistischen Republik stehen. Beide sind da, wir wollen sie ausnutzen, wir wollen an ihrer Demokratisierung mitarbeiten. Dem Völkerbund gegenüber stehen wir auf dem Standpunkt, daß er von Dauer nur sein kann, wenn er sich mit dem Geist durchdringt, von dem die Sozialistische Internationale durchdrungen ist.

So stehen wir diesen Dingen gegenüber, ganz nüchtern, ohne Hintergedanken, aber auch ohne Illusionen. Wir treiben eine Politik, die, wohl bewußt, daß nur die Verwirklichung des Sozialismus den Frieden der Welt garantieren kann, doch darauf hinausläuft, in dem Staatensystem, in das wir gestellt sind, jeden Keim und jede Bewegung zu unterstützen, die uns auch nur einen Schritt vorwärts auf dem Wege zum Frieden bringen kann. (Lebhafter Beifall.)

(Mittagspause.)

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Wels:** Die Sitzung ist eröffnet. Wir fahren in der Diskussion fort.

Mäder-Altenburg: Genosse Crispien hat uns in seinen Darlegungen über die Verhandlungen der Arbeiterinternationale in Marseille die Notwendigkeit der Völkerverständigung und des Weltfriedens in aller Eindringlichkeit dargetan. Wenn ich mir aber das Endergebnis dieser Konferenz ansehe, kann ich unmöglich ungeteilte Freude darüber empfinden. Vielmehr ist dieses Endergebnis ebenso ungeklärt wie das der früheren Haager Friedenskonferenzen. Auch sie sahen keine einheitlichen und international verbindlichen Mittel zur Erzwingung des Friedens durch die Arbeiterklasse und alle übrigen friedlichen Elemente vor. In Marseille wurde keine Verbindlichkeit geschaffen bezüglich der Methoden, die die Arbeiterschaft künftig zur Abwendung eines Weltbrandes anzuwenden gedenkt. Wir haben deshalb mit aller Entschiedenheit in der Richtung zu arbeiten, daß möglichst schon im Laufe der nächsten Zeit eine solche internationale Verbindlichkeit erzwungen wird; denn nur dann können wir die Wiederholung eines 1. August 1914 verhüten.

Nun aber betrachte ich die Frage des Weltfriedens nicht vorwiegend als ein Problem der Zweckmäßigkeit und der parteipolitischen Taktik, sondern in erster Linie als eine Frage der allgemeinen sittlichen Bildung. Die Genossen Löwenstein und Heinrich Schulz haben gestern dargelegt, daß leider die bisherigen Verhandlungen der Sozialdemokratischen Partei dem Bildungsproblem viel zu wenig Aufmerksamkeit zugewendet haben. (Sehr wahr!) Ich unterschreibe das durchaus. Es kommt mir darauf an, die sozialistische Bildung und den Pazifismus als einen ihrer wesentlichsten Bestandteile mit aller Entschiedenheit gegenüber dem innerlich erkalteten groß- und kleinbürgerlichen Bildungsideal scharf abzu-

grenzen. Wir müssen uns auf ein unbedingtes Bekenntnis zum Pazifismus einigen. Heute vormittag haben wir eine Reihe von Entschließungen angenommen, die sich mit der Reichswehr befassen. Ich bedauere das Ergebnis dieser Abstimmung. Die Reichswehr ist ein Instrument des Militarismus, ein Ueberrest der alten wilhelminischen Armee. Die verschiedensten politischen Vorkommnisse haben das eindeutig klar erwiesen. Bei unserer Einstellung zur Reichswehr müssen wir uns von dem Gesichtspunkte unserer allgemeinen Programmforderungen leiten lassen, und dürfen die Taktik unter keinen Umständen über den Grundsatz stellen. In weiten Kreisen, leider auch der Arbeiterschaft lebt bedauerlicherweise eine gewisse verdrängte Kriegervereinsmentalität. Sie äußert sich darin, daß man auf der einen Seite dem deutschen Heere der Gegenwart außenpolitisch zuviel Bedeutung beimißt, auf der anderen Seite innenpolitisch eine zu geringe Bedeutung zuerkennt. Außenpolitisch ist das deutsche Heer eine Lächerlichkeit und deshalb ohne Vorbehalt abzulehnen. Aus diesem Grunde bin ich auch für entschiedene Ablehnung des Reichswehretats. Innenpolitisch bedeutet das deutsche Heer schwerlich eine Stütze der Republik. Wenn wir die militärischen Organisationen, die draußen im Lande wohl auch als schwarze Reichswehr bezeichnet werden, unter die Lupe der Kritik nehmen, dürfen wir sogar sagen: sie bedeuten eine bewußte Unterminierung der deutschen Republik und müssen deshalb von unserer Partei mit aller Entschiedenheit bekämpft werden, wenn wir überhaupt den Gedanken der Gewalt von uns weisen wollen, wie das unserem Programm entspricht. Es scheint mir das allerstärkste Minus der KPD. zu sein, daß sie über die Methode der Gewaltanwendung nicht hinauskommt. Als Sozialdemokraten und entschiedene Pazifisten müssen wir den Gedanken der Völkerversöhnung so uneingeschränkt in unser Programm und in unser Handeln aufnehmen, daß es eine Bewilligung von Reichswehretats niemals wieder geben kann.

Die Frage der Völkerversöhnung läßt sich nicht entscheiden durch augenblickliche Mehrheiten oder Minderheiten, sondern sie ist eine Frage der Menschheitsbildung überhaupt. Nehmen wir deshalb diesen Gedanken in unser gesamtes Denken auf und verpflanzen wir ihn vor allem in die Jugend. Die Genossen, die gestern über das Schulproblem gesprochen haben, waren einmütig der Auffassung, daß die bisherige Schule nicht vorbehaltlos eine Schule der Republik ist, sondern noch recht viel Rumpelwerk aus der alten Zeit enthält. Das trifft besonders für den Geschichtsunterricht zu, der in Zukunft den Gedanken der Völkerversöhnung und des Weltfriedens fördern muß.

Nun ein Wort zu den beiden Anträgen der Genossen Loeb-Frankfurt und Hermann Müller. Aus der bisherigen Diskussion konnte der Eindruck entstehen, als ob jene beiden Anträge einander ausschlössen. Ich sehe durchaus die Möglichkeit, beide Anträge anzunehmen; denn sie enthalten nichts Gegensätzliches. Genosse Loeb ist nicht gegen einen Eintritt in den Völkerbund; Genosse Müller befürwortet ihn. Es besteht also eine starke Uebereinstimmung. Den Vorbehalt, den Genosse Loeb macht, unterstreiche ich; wir müssen uns die Handlungsfreiheit im Osten unter allen Umständen offenhalten (sehr richtig!), auch dann, wenn wir von einer berechtigten inneren Ablehnung gegenüber dem Bolschewismus erfüllt sind. Politische und wirtschaftliche Erwägungen müssen bei Behandlung der russischen Frage scharf getrennt werden. Deutschland und Rußland gehören geographisch und wirtschaftspolitisch zusammen. Deshalb bitte ich Sie, beide Anträge anzunehmen.

Högner-München: Die Notwendigkeit des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ist in Parteikreisen wohl nahezu allgemein anerkannt. An den verantwortlichen Stellen in der Partei wird es aber auch keine Illusionisten geben, die davon eine alsbaldige Besserung unserer politischen und wirtschaftlichen

Lage erwarten. Die Entstehungsgeschichte des Völkerbundes schließt das aus. Wir alle wissen, daß der Völkerbund aus dem Bedürfnis der assoziierten und alliierten Regierungen heraus entstanden ist, auch noch nach dem Weltkriege beisammen zu bleiben und weiterhin Schiedsrichter der Welt zu sein. Der bereits von meinem Vorredner gekennzeichnete kapitalistische Charakter und die Entstehungsgeschichte dieses Völkerbundes sind die Erklärung für alle die Halbheiten und Ungerechtigkeiten, die bisher in seinem Wirken zu verzeichnen sind, vor allem bei der Entscheidung über Oberschlesien und in manchen Danziger Angelegenheiten, sie sind ursächlich für das katastrophale Versagen des Völkerbundes im Saargebiet. Eine Aenderung wird solange nicht eintreten, als es imperialistische Regierungen gibt, die auf Kosten ihrer Nachbarn chauvinistische Ziele verfolgen. Die Gründe der wirtschaftlichen und menschlichen Vernunft allein reichen nicht aus, um darin eine Aenderung herbeizuführen; es muß eine Wandlung der Gesinnung eintreten. Wenn nun Deutschland in den gegenwärtigen Völkerbund eintritt, so hat es an der Hauptaufgabe zu arbeiten, dem Völkerbunde erst jenen Inhalt zu geben, der für die wahre Befriedung der Welt unerläßlich ist. Deutschland allein kann das nicht leisten. Wir müssen hoffen, daß es Deutschland gelingt, zu diesem Ziele die Gutgesinnten unter den anderen Völkern zusammenzufassen. Wir wollen aber auch nicht vergessen, daß es die vornehmste Pflicht eines Deutschland im Völkerbunde ist, für das Selbstbestimmungsrecht gerade des deutschen Volkes und für den Schutz der deutschen Minoritäten im Auslande einzutreten. (Sehr richtig!) Das ist keine nationalistische Politik. Der internationale Organismus kann nicht gedeihen, wenn nicht die nationalen Zellen lebensfähig sind. Wir haben also auch als gute Sozialdemokraten alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß die Lebensfähigkeit des gesamten deutschen Volkes wiederhergestellt wird. Allerdings müssen wir in dieser Beziehung bis auf weiteres noch mit einer starken Gegenstimmung unter den anderen Völkern rechnen. Unsere Lage wäre zweifellos leichter, wenn es gelänge, die Vereinigten Staaten und Rußland zum Eintritt in den Völkerbund zu bewegen, schon deshalb, weil diese Völker in geringerem Maß als andere uns gegensätzliche Interessen haben. Die Sachlage ist aber doch die, daß das bolschewistische Rußland in den Völkerbund gar nicht hineinwill, weil es auf seine Propaganda nicht zu verzichten gedenkt und seine imperialistische Politik nicht aufgeben will. (Sehr richtig!) Daher bleibt uns nichts anderes übrig, als eine aufrichtige Versöhnung mit dem französischen Volke zu suchen. (Sehr gut!) Das setzt natürlich auf beiden Seiten Verzicht auf liebgewordene Vorstellungen voraus. Das deutsche Volk hat bei seiner nationalen Einigung schon auf wichtige Bestandteile verzichten müssen, und das Versailler Diktat hat uns weitere Gebiete deutschen Kulturlandes genommen. Ein Verzicht aber auf den Zusammenschluß mit Oesterreich wäre für uns im Süden vollends unerträglich. (Sehr wahr!) Ein solcher Verzicht darf nicht zur Bedingung unseres Eintritts in den Völkerbund gemacht werden.

Auch andere Vorfragen sind noch zu klären. Zweifellos ist die Bestimmung des Artikels 16 des Völkerbundsstatuts, der uns zur Waffenhilfe für den Völkerbund und zur Duldung des Durchmarsches fremder Truppen verpflichten würde, nicht unbedenklich. Die deutschen Kantone der Schweiz haben mit überwiegender Mehrheit seinerzeit wegen dieses Artikels 16 die Beteiligung abgelehnt. Wir hoffen, daß sich ein Modus finden läßt, um Deutschland trotzdem den Eintritt in den Völkerbund zu ermöglichen. Unsere österreichischen Brüder sind von dem bisherigen Wirken des Völkerbundes nicht entzückt, und auch wir werden uns keinen Illusionen hingeben dürfen. Der gegenwärtige Völkerbund ist kein Allheilmittel gegen die Schäden der Welt, auch nicht gegen das kapitalistische System. Von dem gegenwärtigen Völkerbund eine Erleichterung der Lage des

deutschen Proletariats in absehbarer Zeit zu erwarten, ist ebenso verfehlt wie der Glaube an die Durchführung des Sozialismus bei uns durch eine Legion roter Engel aus dem Sowjetparadies. Die einzige Erleichterung unserer internationalen Lage ist bisher in dem Augenblick eingetreten, als in England eine Arbeiterregierung am Ruder war. Wir werden also den Eintritt Deutschlands in den gegenwärtigen Völkerbund nicht mit überschwenglichen Hoffnungen begleiten dürfen, werden dafür aber dann nachher auch keine schlimmen Enttäuschungen ernten. (Beifall.)

Haubach-Hamburg: Vorhin hat jemand in der Diskussion den Standpunkt der englischen Arbeiterpartei zum Genfer Protokoll sozusagen als vorbildlich hingestellt. Es ist gut, daran zu erinnern, daß der Enthusiasmus der englischen Arbeiterpartei für das Genfer Protokoll erst neueren Datums ist. (Sehr richtig!) Wir wollen uns darüber nicht täuschen, daß eine mehr oder weniger große Begeisterung für das Genfer Protokoll an den entscheidenden weltpolitischen Tatsachen vorübergeht. Für das Genfer Protokoll heute eintreten, heißt für gar nichts eintreten; denn in der augenblicklichen Lage der Weltpolitik ist das Genfer Protokoll unmöglich. Solange das englische Weltreich existiert, wird das Genfer Protokoll von England niemals verwirklicht werden; denn die entscheidenden Widerstände kommen von den englischen Dominions, von Australien, Kanada, Neuseeland. Das Genfer Protokoll wird von dem englischen Weltreich nur dann ratifiziert werden, wenn eine Loslösung dieser Dominions von England stattgefunden hat. Daher ist es nicht gleichgültig, nach einem Ersatz zu suchen. Vorhin meinte ein Redner, die Friedenspolitik sei eine sittliche Angelegenheit. Nein, sie ist eine politische Angelegenheit. Eine sittliche Angelegenheit war die Friedensidee auch vor dem Kriege. Niemand kann daran zweifeln, daß die alte Internationale von sittlicher Begeisterung für den Frieden entflammt war. Daß es ihr nicht gelang, den Krieg zu verhindern, beweist, daß die Friedensidee eben nur eine sittliche Angelegenheit war und keine politische. Friedenspolitik betreiben heißt, Schritt für Schritt konstruktive Politik betreiben. Das entscheidende Friedensproblem für das deutsche Volk liegt an der Rheingrenze. Wenn es gelingt, diesen Jahrhunderte alten Fluch von dem französischen und dem deutschen Volke zu nehmen, ist der erste positive Schritt getan. (Lebhafte Zustimmung.) Daher ist die Sicherheitspaktpolitik nur zu verstehen als eine Politik, die darauf hinausläuft, die endgültige Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen. (Sehr richtig!) Nun wird darauf hingewiesen, daß der Sicherheitspakt uns vielleicht mit Frankreich zusammen in eine Front gegen Rußland spannen könnte. Wer das sagt, kennt die augenblickliche weltpolitische Konstellation nicht. Momentan zeigt sich eine starke Annäherung zwischen Frankreich und Rußland an allen entscheidenden Plätzen der Weltpolitik, so in China, wo Frankreich an Rußlands Seite eingegriffen hat, in der Türkei, wo die russische und die französische Politik gemeinsame Sache machen, und an verschiedenen anderen Plätzen. Wenn Rußland befürchtet, daß man es mit dem Sicherheitspakt einkreisen wolle, so ist es nicht der Sicherheitspakt als solcher, sondern die Methode der Verhandlung, die in Moskau Verdacht erregt. Die Stresemannsche Sicherheitspolitik geht darauf hinaus, mit dem Sicherheitspakt den englisch-französischen Gegensatz gegen Frankreich auszuspielen. Sie versucht, auf dem Wege über London auf Paris zu drücken, und auf diese Weise entsteht von Moskau aus gesehen der Eindruck, als ob sich Berlin an den großen angelsächsischen Block verkauft habe. Die Partei hat mit seltener Deutlichkeit und Eindringlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß das entscheidende Problem im Sicherheitspakt die deutsch-französische Verständigung ist. Wir können dem Sicherheitspakt ruhig zustimmen; denn wenn er einmal lebt, ist die deutsch-französische Verständigung nicht mehr aufzuhalten. (Sehr richtig!) Daß auf der

schwarzweißroten Seite in Deutschland der Versuch besteht, Deutschland auf die Seite des angelsächsischen Blocks hinüberzumanövrieren, ist richtig, und dieser Versuch muß gebrandmarkt werden. Heute ist in der Außenpolitik nicht mehr der Streit, ob Verständigungspolitik oder nicht, sondern heute geht der Streit um die Richtung der Verständigung. Wenn die schwarzweißrote Seite uns in die Hände des angelsächsischen Blocks hinneinjagen will, so will die bolschewistische Seite uns in die Hände des asiatischen Blocks hineinjagen. Eine konstruktive deutsche Friedenspolitik besteht darin, Deutschland aus diesen beiden großen Riesenkonzentrationen in der Weltpolitik herauszuschälen. Deutschland muß eine europäische Politik treiben. Genosse Crispien wies darauf hin, daß die Stärke der Arbeiterbewegung in den europäischen Ländern liegt. Das ist kein Zufall. Die Arbeiterbewegung kann nur da Arbeiterpolitik betreiben, wo sie selbst am Leben ist. Daher ist die europäische Frage für die Arbeiterschaft eine Frage allerersten Ranges. Wir dürfen uns von Schlagworten nicht gefangen nehmen lassen. Vorhin hat ein Redner es als selbstverständlich hingestellt, daß Deutschland und Rußland wirtschaftlich zusammengehören. Darüber kann man verschiedener Meinung sein. Leider geht meine Redezeit zu Ende. Ueber die verwickelte Frage, was wirtschaftlich zusammengehört, können wir hier nicht diskutieren; daher nur die kurze Antwort: was wirtschaftlich zusammengehört, ist zunächst Europa! (Bravo!)

Hermann **Müller**-Franken (Parteivorstand): Zunächst einige Bemerkungen über die Ostfragen, und zwar möchte ich zunächst auf das antworten, was die Genossin Sender über die Behandlung der Optantenfrage im Reichstag ausgeführt hat. Sie hat sich gegen die Entschließung gewandt, die damals vom Reichstag angenommen wurde und auch unsere Unterschrift gefunden hat. Es mag sein, daß der eine oder andere Satz dieser Entschließung manchem nicht gepaßt hat. Diese Entschließung war uns damals kurz vor der Abstimmung zugegangen und sollte eine andere Entschließung ersetzen, gegen die wir noch mehr Einwendungen gehabt hätten, die wir aber trotzdem, so wie die Dinge nun einmal lagen, nicht hätten ablehnen können. Wer die Debatte über die Optantenfrage im Reichstag verfolgt hat, wird zugeben müssen, daß die Haltung der sozialdemokratischen Redner einen deutlichen Strich erkennen ließ gegenüber der Haltung der bürgerlichen Parteien. Was die Optantenfrage im ganzen angeht, so haben wir nie bestritten, daß rein juristisch auf Grund der Wiener Abmachungen die polnische Regierung ein Recht gehabt hat, so vorzugehen. Aber man kann ein juristisches Recht so mißbrauchen, daß es zum schwersten moralischen Unrecht wird. Diesen Vorwurf haben wir der polnischen Regierung, die unter dem Druck ihrer Nationalisten steht, zu machen. Wir haben uns gerade im Interesse der Herbeiführung einer allgemeinen europäischen Befriedung dagegen zu wehren, daß diese Maßnahme mit der Brutalität und Schärfe angewandt wurde, wie es die polnische Regierung tut. Es besteht ja gar kein Zwang dazu, so vorzugehen. Auch andere Regierungen, die den Versailler Vertrag unterschrieben haben, haben nicht von all den Rechten Gebrauch gemacht, die ihnen der Vertrag gab. Es wird niemand geben, der nicht gute wirtschaftliche Beziehungen zu Polen wünscht; das gilt nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern auch für weite Kreise der deutschen Industrie. Aber auch hier liegen die Dinge nicht so einfach, wie sie oft zu liegen scheinen. Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß bei den Verhandlungen, die wir über die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen zu führen Gelegenheit hatten, ein Haupthindernis die Forderung gewesen ist, die die Bergarbeiter Oberschlesiens wegen der Einführung der oberschlesisch-polnischen Kohle gestellt hatten. Wir haben volles Verständnis für die Haltung dieser Gewerkschaften, deren Mitglieder unter außerordentlich großer Arbeitslosigkeit leiden. Wir haben aber

auf der anderen Seite erlebt, daß gleichzeitig aus den deutschen Kreisen Polnisch-Oberschlesiens, aus der Kattowitzer Gegend, Deputationen von Arbeitern zu uns kamen, die uns baten, doch dafür zu sorgen, daß etwas mehr Entgegenkommen gezeigt würde, weil sonst diejenigen deutschen Bergarbeiter, die für Polen optiert hätten, schließlich darunter zu leiden hätten.

So liegen die Dinge oft für den, der ihnen nähertreten muß, und es ist nicht immer möglich, in Resolutionen Richtlinien zu geben, die für alles passen.

Breitscheid hat bereits die Ablehnung des Antrags Loeb empfohlen. Ich halte es geradezu für gefährlich, wenn gesagt wird, daß ein Sicherheitspakt einer positiven Ostpolitik nicht im Wege stehen darf. Das ist selbstverständlich. Wenn es aber vom Parteitag ausgesprochen wird, involviert es geradezu einen Vorwurf. Ich glaube sagen zu dürfen, daß die Sozialdemokratische Partei und die Parteigenossen, die als Minister in der Regierung gesessen haben, jederzeit eine Haltung eingenommen haben, über die billigerweise die Sowjet-Regierung sich nicht beschweren kann. Wir haben immer gesagt: wirtschaftliche Beziehungen müssen gepflogen werden ganz unabhängig von der Staatsverfassung, in der sich ein Staat befindet. Die Sowjet-Regierung ist uns darin Vorbild: sie poussiert geradezu das faschistische Italien Mussolinis, um in gute wirtschaftliche Beziehungen zu Italien zu kommen. Als ich im November 1919 Außenminister war, hat Lloyd George mir eine Note mit der Aufforderung zur Teilnahme am Boykott Sowjetrußlands zugesandt. Wir haben trotz der schwierigen außenpolitischen Lage — der Versailler Vertrag wurde erst im Januar 1920 ratifiziert — diesen Boykott glatt abgelehnt, weil wir ihn nicht verantworten konnten. Diese Haltung ist von uns immer eingenommen worden. Wir müssen es deshalb zurückweisen, wenn die von der Sowjet-Regierung ausgehaltene deutsche Kommunistische Partei aus rein agitatorischen Gründen in dieser Beziehung falsche Vorwürfe gegen die Sozialdemokratische Partei erhebt.

Wir haben uns in Marseille im Anschluß an das Referat Otto Bauers über die Ostfragen die These zu eigen gemacht: Hände weg von Sowjet-Rußland! Als mich ein österreichischer Delegierter fragte, ob wir mit Bauers Rede einverstanden wären, habe ich geantwortet: Jawohl, mit jedem Satz, wenn er auch nicht so weit geht wie Brockdorff-Rantzau! Man kann der deutschen Politik auf diesem Gebiet wirklich keinen Vorwurf machen. Es schien im Gegenteil des öfteren, als ob die deutsche Regierung bei der Behandlung der Westfragen zu sehr nach Rußland hinschielte. (Sehr richtig!) Die Linie, die wir gefunden haben, entspricht durchaus dem, was die deutsche Arbeiterklasse und die Internationale von uns zu verlangen haben.

Breitscheid hat schon gesagt, daß keiner von uns irgendwelche Illusionen über den Völkerbund hat. Dr. Haubach hat ganz recht, wenn er sagt, daß der Völkerbund durch den Versailler Vertrag ins Leben gerufen worden ist als eine Institution, die über den Krieg hinaus die Politik der Sieger weiter verfechten sollte. Deshalb ist es um so mehr unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der Völkerbund sich immer mehr unserm Ideenkreis zuwendet, universell wird und auch unter deutscher Mitwirkung Politik treiben kann. (Sehr richtig!) Diese Auffassung ist nichts Neues. Auf der ersten Konferenz nach dem Weltkrieg im Februar 1919 in Bern, bevor also der Versailler Vertrag fertig war, haben wir internationalen Sozialisten übereinstimmend Richtlinien aufgestellt, die unser Ideal vom Völkerbund aufzeigten, und haben ausgesprochen, daß der geplante Völkerbund nicht dem entspricht, was die Völker nach diesem furchtbaren Weltkrieg erwartet hatten. Nicht nur die Regierungen, sondern die Völker wollten wir in den Delegationen und Institutionen dieses Völkerbundes vertreten sehen. Wenn in den letzten Tagen die sozialistischen Minister und Regierungsvertreter als Völkerbundsdelegierten eine Besprechung in Genf abgehalten haben, so ist das wieder ein kleiner Schritt nach unserm Ideal hin. Wir müssen es dahin zu treiben suchen, daß sich in diesem Völkerbund die Sozialisten aller Länder finden, — die Nationalisten können sich ja nicht finden, weil sie sich durch die nationalistischen Bestrebungen ihrer Länder gegenseitig aufheben. Also darüber kann kein Streit sein, was wir vom jetzigen Völkerbund zu erwarten haben, und wie wir Sozialisten ihn uns ideal denken.

Wenn dann die Genossin Sender gesagt hat, die Politik der Internationale müsse auf allen Gebieten lebendig werden, daß eine Frage, wie die Beteiligung an der Regierung, international zur Debatte gestellt werden müsse, so ist auch dieser Gedanke nicht neu. Unsere französischen Freunde haben in der vorletzten Sitzung der Exekutive im Mai in Paris vorgeschlagen, daß man dieses Thema bereits in Marseille behandeln sollte. Ich glaube nicht, daß viel dabei herauskommen wird, wenn man sich hierüber international unterhält, denn die Beteiligung an der Regierung wird durch die Verhältnisse der einzelnen Länder stark bestimmt. (Sehr richtig!) Notwendig ist aber, daß nicht gewisse Schranken aufgerichtet werden. Hier sollten die Spuren von Amsterdam schrecken. Ich habe schon in anderem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß vielleicht manches anders gekommen wäre, wenn nicht Jaurès durch die Amsterdamer Beschlüsse gehindert worden wäre, in ein Ministerium einzutreten. Dann hätte sich vielleicht ein stärkerer sozialistischer Einfluß 1914 in Frankreich bemerkbar machen können.

Es kommt heute vor allem anderen darauf an, daß die Internationale zu den praktischen Fragen, die internationaler Lösung bedürfen, Stellung nimmt. Ich erinnere an die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, an die Abhaltung von Wirtschaftskonferenzen, die die Behebung der Arbeitslosigkeit zur Diskussion stellen sollen, vor allen Dingen aber an die Verhinderung künftiger Kriege. Mit Recht hat Leon Blum in seiner großen Rede in Marseille hierauf den größten Wert gelegt.

Wir brauchen über das, was in der von uns eingebrachten Resolution vorgeschlagen ist, nicht hinauszugehen. Es ist notwendig, worauf Breitscheid schon hingewiesen hat, daß genau wie der Staat so auch die Internationale und der Völkerbund immer mehr von sozialistischem Geist durchdrungen werden, daß der Geist von Marseille immer mehr auf die Genfer Verhandlungen Einfluß erhält. Das wird der Arbeiterklasse der ganzen Welt zum Segen gereichen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Da Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, wird die Debatte geschlossen.

Berichterstatter **Crispien** (Schlußwort): Ein Schlußwort halte ich nicht für nötig, da sich alle Debatteredner, von Nuancen im einzelnen abgesehen, auf den Boden der Beschlüsse der Internationale gestellt haben und die notwendigen Berichtigungen durch Breitscheid und Müller bereits erfolgt sind.

Von den vorliegenden Anträgen ist der Antrag 147 zurückgezogen.

Der Antrag 154 billigt die Politik, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund herbeiführen will, warnt aber davor, sich zu Vorspanndiensten gegen Rußland gebrauchen zu lassen und enthält in seinem zweiten Teil eine Kritik des „Vorwärts“ und anderer Zeitungen. Dieser Antrag wird durch die Resolution Hermann Müller und Genossen erledigt.

Der Antrag 155 deckt sich mit dem Antrag Müller und Genossen.

Antrag 156 ist zurückgezogen.

Antrag 157 ist durch die Beschlüsse des Kongresses von Marseille erledigt, nach denen wir verpflichtet sind, allgemein für die Abrüstung einzutreten.

Der Antrag Loeb ist ebenfalls durch den Antrag 228 erledigt, da nach diesem Antrag die Beschlüsse des Kongresses von Marseille ausdrücklich anerkannt werden. Die vielen Einzelheiten in den verschiedenen Anträgen sind

in den gründlich durchgearbeiteten Vorschlägen des Marseiller Kongresses viel besser formuliert.

Ich erhoffe eine einstimmige Annahme der Resolution Müller und Genossen, durch deren Annahme alle anderen Anträge erledigt werden.

Der Antrag 228 wird einstimmig angenommen; damit sind alle anderen Anträge zu diesem Punkt der Tagesordnung erledigt.

Vorsitzender **Wels**: Wir kehren nun zu dem Teil des Tagesordnungspunktes 1 zurück, der den

Sachsenkonflikt.

betrifft. Ich erteile dem Berichterstatter der Kommission Roß-Hamburg das Wort.

Berichterstatter **Roß**-Hamburg: Die von Ihnen eingesetzte Sachsenkommission trat am Dienstag vormittag 11 Uhr zusammen, wählte den Genossen Marum-Karlsruhe zum Vorsitzenden, Siering-Berlin zum Schriftführer und mich zum Berichterstatter.

Als Vertreter des Parteivorstandes waren der Genosse Dittmann und zeitweise auch Stelling bei den Verhandlungen zugegen.

Als Vertreter der sächsischen Parteiorganisation erschienen die Genossen Lipinski und Liebmann-Leipzig, Arzt und Edel-Dresden, Böchel-Chemnitz, Graupe-Zwickau, Geiser und Fleißner.

Als Vertreter der Fraktionsmehrheit des Landtags erschienen die Genossen Heldt, Bethke, Müller-Leipzig, Müller-Chemnitz, Schnierch, Wirth, Franz und Hagen.

Die Kommission beschloß, zunächst die streitenden Parteien zu hören und vollständige Redefreiheit zu gewähren; die sächsischen Genossen wurden aber gebeten, ihre Augen mehr vorwärts als rückwärts zu richten und nach Möglichkeit auch sich über die künftige Entwicklung zu äußern, wobei auf beiden Seiten der ernsthafte Wille zur Verständigung im Interesse der Gesamtpartei vorausgesetzt wurde. Von jeder Seite kamen drei Redner abwechselnd von jeder Richtung zum Wort, die in ausführlichen Darlegungen auf die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Sachsen, die Entstehung und Vertiefung der Gegensätze innerhalb der Partei und die einzelnen Streitpunkte eingingen und ihren Standpunkt zu rechtfertigen suchten. Von der einen Seite sprachen Lipinski, Liebmann und Edel, auf der anderen Heldt, Bethke und Müller-Leipzig. Die Kommissionsmitglieder beschränkten sich zunächst auf kurze Fragen zur Aufklärung des Sachverhalts.

Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß sich alle Redner bemühten, ihren Standpunkt sachlich und maßvoll in der Form darzulegen. (Bravo!) Da aber von den Parteien, wenn sich auch in den einzelnen Punkten eine Verständigung anzubahnen schien, brauchbare Vorschläge für eine gemeinsame Plattform nicht zu erwarten waren, hat die Kommission selbst einen geeigneten Weg gesucht und kam verhältnismäßig rasch zu einer Verständigung. Wesentliche Meinungsverschiedenheiten waren in keinem Stadium der Beratung vorhanden, abgestimmt wurde überhaupt nicht, und bei der Feststellung des Ergebnisses ergab sich völlige Einmütigkeit. Ich unterstreiche das besonders deshalb, weil in der Kommission nicht nur die verschiedenen Landesteile Deutschlands, sondern auch die verschiedenen taktischen Richtungen innerhalb der Partei vertreten waren.

Das Ergebnis der Beratungen ist der Antrag der Sachsenkommission an den Parteitag.

Die Kommission war sich zunächst darüber einig, daß ein Eingehen auf die Schuldfrage möglichst vermieden werden müsse. Eine völlige Klärung dieses Punktes halten wir für unmöglich. Kein noch so weiser Richter wird hier ein

allen vollkommen gerecht werdendes Urteil finden können. Im Laufe der Zeit ist immer mehr Material angehäuft worden, Berge von Akten sind entstanden, in denen ich herumzuwühlen verurteilt war, da in der knappen Zeit ein völliges Durcharbeiten unmöglich war. Von den streitenden Parteien wurde weiteres Material noch während der Verhandlungen der Kommission überreicht, wir haben es aber bis vor kurzem nicht zur Kenntnis genommen, soweit es nicht mündlich vorgetragen wurde, weil wir es für unnötig und unmöglich hielten, auf einzelne Differenzpunkte einzugehen. Fehler sind auf beiden Seiten gemacht worden, sogar schwere, jedoch ist jeder Versuch, hier nach Pfund und Gramm abzuwägen, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Im Laufe der Jahre hat sich ein immer dichteres Gestrüpp um die Angelegenheiten der Partei in Sachsen entwickelt. Wir haben den Eindruck, daß die sächsischen Parteigenossen in diesem Gestrüpp so verirrt und verwirrt sind, daß sie, wenn sie selbst auch nach der großen Linie suchen, doch durch die vielen Einzelheiten, die ihnen ja viel mehr gegenwärtig sind als uns, auf Teilfragen abgelenkt und gedrängt werden, wodurch die Entscheidung immer schwieriger wird. Es gilt also, durch dieses Gestrüpp einen Weg zu hauen.

Dazu mußten wir einen Richtungspunkt haben. Er war uns dadurch gegeben, daß wir uns die Frage vorlegten: Was soll in Sachsen in der nächsten und weiteren Zukunft werden? Wir sind der Auffassung, daß der Parteitag einen dicken Strich unter das Vergangene ziehen soll. Auch die Genossen in Sachsen sollten das tun! (Sehr richtig!) Daß sie das tun können, ist nicht nur meine persönliche, sondern auch die Ueberzeugung aller Kommissionsmitglieder.

Wir müssen anerkennen, daß der gute Wille und die ehrliche Ueberzeugung, das Beste der Partei gewollt zu haben, auf beiden Seiten vorhanden gewesen ist und auch heute noch vorhanden ist. Wir dürfen uns aber nicht verhehlen, daß es sehr schwer sein wird, in Sachsen zu gesunden Verhältnissen zu kommen, denn die Erbitterung und Verbitterung ist auf beiden Seiten immer größer geworden. Schuld daran trägt unserer Ueberzeugung nach in erster Reihe der Ton und die Formen, in denen der Kampf unter den sächsischen Parteigenossen geführt worden ist. Das ist eigentlich das Traurigste bei der ganzen Sache, daß solche Formen des Kampfes unter Parteigenossen Platz greifen konnten. In Versammlungen, in der Presse, im Parlament und in persönlichen Auseinandersetzungen hat der Kampf eine Schärfe angenommen, die kaum zu überbieten ist. Wie soll das auf unsere Gegner wirken? (Sehr richtig!) Wie soll das auf die vielen wirken, die nicht wissen, wohin sie politisch gehen sollen, die zu uns kommen möchten, weil sie von uns ein Ideal vertreten sehen, das würdig ist, von immer größeren Kreisen des Volkes getragen zu werden, die also für die Idee des Sozialismus durchaus empfänglich sind? Werden nicht alle diese, die wir gewinnen müssen, von derartigen Formen des Kampfes unter Parteigenossen abgeschreckt! Auch davon abgesehen, wie es nach außen wirkt, ist es einfach unwürdig, in dieser Form miteinander zu verhandeln oder nicht zu verhandeln. Diese persönliche Zuspitzung der Gegensätze hätte vermieden werden können, wenn sich die Auseinandersetzung mit aller Energie nur auf die Behebung der sachlichen Gegensätze gerichtet hätte.

Ich habe schon angedeutet, daß diese tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten doch nicht ganz so groß sind wie in einem früheren Stadium. Das hängt mit der politischen Gesamtlage in Deutschland zusammen. Die augenblickliche politische Lage verpflichtet uns ganz besonders zu einmütigem Handeln, wie es uns durch unser Programm und die Interessen des Gesamtproletariats vorgeschrieben ist. Muß dann nicht eine Einigkeit in Fragen der Taktik möglich sein, die Differenzen zu überwinden, wenn man immer wieder den Blick auf das Ganze richtet!

Die Kommission ist danach einmütig zu der Auffassung gelangt, daß die gegenwärtigen Verhältnisse, auch auf die hinter uns liegenden Vorgänge zurückgreifen müssen, die von verschiedenen Seiten und demnach auch in verschiedener Auffassung in großen Zügen in der Kommission vorgetragen wurden.

Die Kommission ist danach einmütig zu der Auffassung gelangt, daß die Haltung des Parteivorstandes in der ganzen Frage richtig war. Er hat die politischen Notwendigkeiten gesehen, sich aber auch ehrlich bemüht, auszugleichen und zu vermitteln. Die sachlichen Gegensätze gruppieren sich sämtlich um die Frage der Koalitionspolitik in Sachsen. Im Zusammenhang damit steht auch die Frage der Zweckmäßigkeit einer Auflösung des Landtages. Die Kommission ist der Auffassung, daß gerade in diesem Punkt die Stellungnahme des Parteivorstandes in allen Phasen des Konflikts richtig war, und daß sich daraus die Folgerungen für die Zukunft ergeben. Eine hochpolitische Frage wie die der Landtagsauflösung kann allein nach sachlichen Gesichtspunkten unter sorgfältiger Würdigung aller Verhältnisse, auch der im Reiche, getroffen werden. Hierbei ist ganz besonders eine Geschlossenheit der Front notwendig. Der Berliner Parteitag hat das auch anerkannt und in seinem Beschluß vom vorigen Jahre die Grundlagen für die Behandlung der ganzen Frage festgelegt. Der Beschluß lautet:

1. Die Entscheidung über Regierungsbildungen, Ministerwahlen und sonstige parlamentarische Taktikfragen in den einzelnen Ländern trifft die zuständige Landtagsfraktion.
2. Wenn es technisch irgendwie durchführbar ist, sind die Landtagsfraktionen verpflichtet, vor ihrer Entscheidung über grundlegend wichtige Fragen eine Beschlußfassung der Landesinstanzen herbeizuführen.
3. Für die Politik in den Landtagen sind die Landtagsfraktionen den Landesparteiversammlungen und dem Reichsparteitag verantwortlich. Die Entscheidungen der Landesparteiversammlungen sind für die Fraktionen bindend.
4. Nicht berührt hiervon wird das Recht des Parteivorstandes und des Parteiausschusses, die Ausführung von Landesbeschlüssen bis zur Entscheidung eines Reichsparteitages zu suspendieren, wenn diese den Beschlüssen der Reichsparteitage zuwiderlaufen oder die Interessen der Gesamtpartei schwer schädigen.

Danach kommen also drei Instanzen für solche Entscheidungen in Frage: die Fraktion, die Landesparteiversammlungen bzw. Bezirksvorstände und der Parteivorstand. Die Kommission legt Wert darauf, daß bei künftigen Entscheidungen diese drei Instanzen zusammenwirken. Der Regel nach wird es so sein, daß Fraktion und Parteiorganisation sich zunächst zu verständigen haben. Bei der besonderen Lage der Verhältnisse in Sachsen erachten wir es aber für notwendig, daß dort der Parteivorstand von Anfang an bei den Verhandlungen vertreten ist. Der Parteivorstand darf nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden, sondern muß die Möglichkeit haben, in jedem Stadium der Beratung einzugreifen und zu vermitteln. Wir verkennen nicht, daß das eine schwere und undankbare Arbeit sein wird. Wir haben aber das Vertrauen, daß der Parteivorstand sie auf sich nehmen wird. Die Sache ist so gedacht, daß, wenn Fraktion und Organisation der Partei sich einig sind, dann der Parteivorstand mit seiner Stimme natürlich nicht in Betracht kommt. Diese Einigung darf nur so erfolgen, daß eine Uebereinstimmung der beiden Instanzen erfolgt. Es kann nicht etwa durch die zufällige Zahl der Mitglieder bei der Beratung durch eine Abstimmung nach Mehrheit entschieden werden. Fraktion und Organisation haben je eine Stimme. Ist ein übereinstimmendes Votum nicht herbeizuführen, so gibt die Stimme des Parteivorstandes den Ausschlag. Nötig ist dazu, daß die Landtagsfraktion sich wieder zu einer einheitlichen Fraktion zusammenschließt. Der Versuch dazu ist auch in der letzten Vergangenheit gemacht worden, aber daran gescheitert, daß die eine Seite behauptet, die andere verständige sich schon vorher über die Haltung, die sie einnehmen wolle. Solches Verfahren kann nicht gebilligt werden. Wir müssen erwarten, daß in freier Entscheidung über die Haltung der Fraktion beraten wird, und daß die Minderheit sich fügt. Wir glauben, daß, wenn so verfahren wird, der zweckmäßige Zeitpunkt für eine Auflösung des Landtags gefunden werden kann, wie die politischen Verhältnisse es erfordern.

Die Sachsenkommission hat auch die Frage der Ausschließung von Mitgliedern der Landtagsfraktionsmehrheit eingehend behandelt. Wir sind der Ueberzeugung und beantragen es hiermit, daß alle anhängigen Ausschlußverfahren gegen Mitglieder der Landtagsfraktion, die aus Anlaß des Konflikts eingeleitet worden sind, niederzuschlagen sind. Wir billigen allen den guten Glauben und den Willen zu, im Interesse der Partei gehandelt zu haben. Danach sind diese Parteigenossen in ihre vollen Rechte als Parteimitglieder wieder einzusetzen. Das schließt im besonderen in sich, daß sie in Presse und Versammlungen die Möglichkeit haben, an die Massen der Parteigenossen heranzukommen. Sie haben sich bei uns darüber beschwert, daß ihnen diese Möglichkeit in der letzten Zeit mehr und mehr genommen worden ist. Wir haben auch hier im einzelnen nicht festgestellt, wie weit diese Behauptungen richtig sind, aber so viel ist auch von der andern Seite zugegeben, daß in der letzten Zeit die Mitglieder der Fraktionsmehrheit des Landtags nicht mehr zu Worte gekommen sind. Das muß natürlich ein für allemal beseitigt werden. Andererseits muß der Parteitag die Erwartung aussprechen, daß die Mitglieder der Mehrheit der Landtagsfraktion alle Versuche von Sonderkonferenzen usw. in Zukunft unterlassen und die Fühlung mit den Massen der Parteigenossen wieder aufnehmen.

Bei dieser Gelegenheit darf ich ein Wort über das zweite Problem sprechen, das ist die Frage der Disziplin. Von den Gegnern der 23 wird diesen Disziplinwidrigkeit vorgeworfen. Die Vertreter der 23 sagen, daß sie als Landtagsabgeordnete in entscheidenden politischen Situationen zuerst nach ihrem politischen Gewissen und ihrer politischen Ueberzeugung hätten handeln müssen, daß sie gehandelt haben in Uebereinstimmung mit den Ratschlägen und Vorschlägen des Berliner Parteivorstandes, und daß die Disziplin nicht so weit gehen dürfe, daß, wenn gänzlich unverständige und unsinnige Beschlüsse gefaßt würden, die führenden Genossen dann gehalten wären, diese Beschlüsse auszuführen. Ich glaube, in diese Frage ist eine gewisse Verwirrung hineingetragen worden. Selbstverständlich muß jeder Genosse, der in führender Stellung in der Partei steht, besonders die Abgeordneten unserer Partei in Parlamenten, unter Umständen ganz selbständig sich entscheiden. Eine Verständigung mit der Gesamtpartei ist nicht immer möglich. Er kann sich auch gegen den ausdrücklichen Willen seiner Parteigenossen entscheiden in einer besonderen politischen Situation, weil er sich sagt: ich sehe die Einzelheiten, die zur Beurteilung der Sache notwendig sind, klarer als ihr da draußen; ihr könnt die Frage im gegenwärtigen Moment nicht richtig beurteilen. Aber das darf niemals so weit gehen, daß diese Genossen in führenden Stellungen sich dauernd in Widerspruch zur Haltung der Gesamtpartei und der Organisationen setzen. (Sehr richtig!) Immer wieder muß ich das, was ich getan und vertreten habe, auch vor der Masse der Parteigenossen rechtfertigen können. Wenn ich mich dauernd von der Masse loslöse, dann bin ich nicht mehr ihr Führer, sondern stehe ohne eine Gefolgschaft da, und das ist ein unhaltbarer Zustand. Wir sind uns in der Kommission darüber einig gewesen, daß in dieser Frage der Disziplin von einzelnen Ge-

nossen unter den 23 Ansichten entwickelt worden sind, die wir nicht billigen können. Wir wollen unter das Vergangene einen Strich machen, aber wir erwarten, daß die 23 und alle anderen Genossen in Zukunft in den grundlegenden politischen Fragen sich den Entscheidungen der Parteigenossenschaft, wie sie auf Grund unserer Organisation getroffen sind, fügen. (Sehr gut!) Wenn ich das nicht mehr vertreten kann, was die Parteigenossen wollen, dann sage ich: Ich lege mein Amt in eure Hände zurück. (Sehr richtig! Stürmischer Beifall.)

Ich glaube, daß ich damit im wesentlichen den Standpunkt der Sachsenkommission dargelegt habe. Ich werde mir jetzt erlauben, den Antrag, den wir dem Parteitage unterbreiten, zu verlesen. Er lautet:

„Die wirtschaftliche und politische Situation in Sachsen macht eine Zusammenfassung aller Kräfte des Proletariats notwendig. Der Parteitag billigt deshalb die bisherige Stellungnahme des Parteivorstandes und seine dauernden Bemühungen, den Sachsenkonflikt einer Lösung entgegenzuführen.

Die Frage der Landtagsauflösung, welche in diesem Konflikt eine erhebliche Rolle spielt, darf nur nach politischen Gesichtspunkten entschieden werden. Für diese Entscheidung bleibt maßgebend der Beschluß des Berliner Parteitags von 1924. Auf der Grundlage dieses Beschlusses verlangt der Parteitag, daß zunächst Fraktionsmehrheit und -minderheit sich wieder zu einer Fraktion zusammenschließen und unter Zuziehung einer Vertretung des Parteivorstandes beraten und entscheiden, und daß die Frage der Landtagsauflösung von der Landtagsfraktion, den Bezirksvorständen Sachsens und dem Parteivorstand sobald als irgend möglich beraten und gemeinsam entschieden wird.

Der Parteitag erklärt ferner, daß durch diesen Beschluß alle gegen sächsische Parteigenossen aus Anlaß des Sachsenkonflikts anhängig gewordenen Ausschlußverfahren erledigt sind, daß die beteiligten Genossen wieder in ihre Parteirechte eingesetzt werden und ihnen die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung in Presse und Versammlung zu geben ist. Es wird aber von ihnen erwartet, daß sie sich im Rahmen der Beschlüsse der Bezirksorganisationen Sachsens halten.

Der Parteitag gibt weiterhin seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Parteistreitigkeiten in Sachsen in der Presse, in Versammlungen und in persönlichen Aeußerungen mit einer Schärfe geführt worden sind, die nicht gebilligt werden kann.

Der Parteitag hat das Vertrauen zu allen beteiligten Genossen, daß sie durch kameradschaftliche Ausführung dieses Beschlusses des Parteitages den Sachsenkonflikt endgültig beseitigen und damit in Sachsen die Bahn freimachen zu fruchtbarer Arbeit für den Sozialismus."

Wir haben heute vormittag in einer letzten Sitzung den sächsischen Genossen beider Richtungen unseren Antrag vorgelegt. Wir haben ihnen gesagt, daß wir einmütig diesen Antrag zu stellen gewillt seien und daß wir im Interesse der Beilegung des Konflikts und der Gesamtpartei sie ersuchen, sich auf den Boden dieses Beschlusses zu stellen. Wir haben ihnen Zeit gelassen, denn ihnen war dieser Antrag bereits gestern bekannt gegeben worden. Nun hat der Genosse Arzt im Namen der Delegation erklärt, daß es ihnen leider nicht möglich sei, diesen Antrag der Sachsenkommission gewissermaßen zu unterschreiben (hört, hört!), daß sie aber, wenn der Parteitag beschlossen hätte, ehrlich und loyal sich dem Beschlusse des Parteitags fügen und ihn zur Ausführung bringen würden. (Bravo!) Die Vertreter der Fraktionsmehrheit haben erklärt, daß sie ebenfalls Bedenken gegen einzelne Teile des Antrags hätten, daß sie aber im Interesse der Lösung des Konflikts diese Bedenken zurückstellen und auf den Boden dieses Antrags sich zu stellen bereit seien. (Bravo!) Die Kommission hat dann beschlossen, daß sie nunmehr ihren Antrag dem Parteitag einreichen würde.

Der Genosse Arzt hat ferner noch erklärt, daß sie ihren Standpunkt in einer Erklärung dem Parteitag gegenüber darlegen möchten, daß sie aber ebenfalls nicht die Absicht hätten, eine unserer Ueberzeugung nach unfruchtbare und ersprießliche Diskussion über diese Sache auf dem Parteitag herbeizuführen.

Ich bitte Sie demnach, Genossen, nehmen Sie unsern Antrag an! Reinigen Sie dadurch die Atmosphäre in Sachsen! Nehmen Sie den Antrag möglichst einmütig an, damit die sächsischen Parteigenossen sehen, wie die Gesamtparteigenossenschaft in Deutschland zu diesen Dingen steht, und schaffen Sie dadurch die Grundlage für einen neuen Aufbau der ganzen Partei in Sachsen, die unter diesem Kampf in den letzten Jahren sehr schwer gelitten hat! So kann und darf es nicht weitergehen! Wir haben mehr zu vertreten als Augenblicksinteressen. Wir gehen auf einer großen Linie der Zukunft entgegen und müssen in einigem, geschlossenem Zuge gehen. Wir müssen unsere Kräfte zusammenfassen, damit das kommt, was wir wollen: Erfolge in der politischen Gegenwartsarbeit und endgültiger Sieg des Sozialismus in der Zukunft. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Wels:** Das Wort zu einer Erklärung im Namen der sächsischen Delegation hat Genosse Böchel-Chemnitz.

Böchel-Chemnitz: Genossinnen und Genossen, die sächsische Delegation weiß ausnahmslos die schwere Arbeit der Kommission zu würdigen. Wenn wir Sie bitten, jetzt unserer Erklärung zuzuhören, bitten wir Sie gleichzeitig, in dieser hoffentlich letzten Stunde des Konflikts sich noch einmal in die Herzen der sächsischen Parteigenossen hineinzuversetzen, die die schweren Kämpfe politischer und organisatorischer Natur durchgemacht haben. Ich habe im Namen von 51 Delegierten Sachsens — ausgenommen sind von der ganzen Delegation 5 — folgende Erklärung abzugeben:

Der Parteitag in Heidelberg hatte in seiner Urteilsfindung über den Sachsenkonflikt eine schwerwiegende Entscheidung zu treffen, die nicht nur die Parteiorganisationen aller anderen Freistaaten, sondern auch die politischen und organisatorischen Lebensgrundlagen der Gesamtpartei berührt. Weil die Kernstücke des Problems bei den Verhandlungen in einem Wust von Nebensächlichkeiten untergegangen sind, deshalb fühlen die sächsischen Delegierten und Organisationsvertreter die Pflicht, der geschichtlichen Wahrheit zu Liebe vor der gesamten Partei diese Kernstücke nochmals hervorzuheben:

1. Durfte die Sozialdemokratie oder ein Teil von ihr eine Koalition eingehen, die von dem Gegner unter Gewaltexzessen brutalster Art angestrebt und von der übergroßen Mehrheit der sächsischen Parteigenossen abgelehnt worden ist?
2. Darf in der Sozialdemokratischen Partei das elementarste Grundrecht der Demokratie jahrelang durch eine Führergruppe, die bindende Parteibeschlüsse brach und schließlich selbst gegen die Weisungen des Parteivorstandes handelte, in einer Weise verletzt werden, daß der ganze demokratische Charakter der Partei in Frage gestellt wird?

Die sächsische Koalition wurde nach einem kurzen Uebergangsstadium geboren unter den Maschinengewehren der bürgerlich-reaktionären Reichsexekutive in einem Augenblick, als die Reichspartei eben infolge dieses Gewaltaktes gegen die sozialistischen Freistaaten aus der Regierung austrat und die Koalition löste. Die bewaffnete Macht der Bourgeoisie in Verbindung mit der unerträglichen Tatsache, daß unsere Partei in einer geschichtlichen Situation gegen ihren Willen zur Bildung der Regierung der großen Koalition gezwungen wurde, raubten der sächsischen Sozialdemokratie von der ersten Stunde dieser Koalition an jede Handlungsfreiheit. Alle Folgeerscheinungen, wie die rücksichtslose Entfernung der sozialdemokratischen Be-

amten, die Verschandelung der Volksrechte, die Zerrüttung unserer Partei mit dem offen ausgesprochenen Ziel des Bürgertums, sie zu spalten, liegen mit unerbittlicher Konsequenz in dieser Koalition beschlossen, die unsere entscheidenden Machtpositionen dem Gegner auslieferte und uns nur die Verantwortung für seine reaktionären Handlungen überließ. Von der Volkspartei wurde wiederholt öffentlich erklärt, daß sie die Koalition nicht mit der sächsischen Sozialdemokratie, sondern nur mit 23 Abgeordneten dieser Partei eingegangen sei. So gesehen, steht neben der subjektiven Schuld der einzelnen parteigenössischen Abgeordneten als Disziplinbrecher die große objektive Schuld, die sie vor der Geschichte auf sich genommen haben durch eine Politik, von der sie nach Lage der Sache wissen mußten, daß sie zur Katastrophe führte. (Lebhafte Zurufe — Unruhe.)

Die letzte Möglichkeit, dieses verhängnisvolle Bündnis, das in der Art seines Zustandekommens kein Beispiel in allen anderen Freistaaten hat, endlich zu lösen, bot sich nach dem Parteitag in Berlin, der die Entscheidung der Landesversammlung übertragen hatte, indem er sagte: Die Beschlüsse der Landesversammlungen sind für die Fraktion bindend. Ein Korrektivrecht hatte allein der Parteivorstand, wenn durch einen solchen Beschluß die Gesamtinteressen der Partei gefährdet waren. Dieser vom Reichsparteitag vorgesehene Sonderfall konnte aber bei dem einstimmig gefaßten Beschluß der sächsischen Landesversammlung im Oktober 1924, den Landtag aufzulösen und die Neuwahlen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen vorzunehmen, deshalb nicht vorliegen, weil ja der Parteivorstand selbst in der Dresdner Vorsitzung die Auflösung dringend empfohlen hatte. Was also vorher als „nicht den Interessen der Gesamtpartei zuwiderlaufend" betrachtet, sondern nach den Worten des Parteivorstandsvertreters als ein „Gnadengeschenk des Himmels" bezeichnet wurde, konnte nachher nicht konstruiert werden als ein Fall, der dem Parteivorstand Veranlassung geben konnte, sein Korrektivrecht anzuwenden.

In logischer Folge entwickelten sich die Dinge weiter. Der bürgerliche Gegner koppelte nunmehr die 23 Abgeordneten, die kein Zurück mehr sahen und sich völlig von ihren Organisationen losgelöst hatten, immer fester an seine Politik, bis bei dem Angriff auf unsere wichtigste Position, die Gemeindeverfassung, der Parteivorstand selbst einschreiten mußte. Nun war niemand mehr in der ganzen Reichsorganisation, keine Körperschaft vom Bezirksverband bis zum Parteivorstand, die hätte Einhalt gebieten können. Die öffentliche Aufforderung des Parteivorstandes im letzten Stadium der Krise, den Landtag aufzulösen, wurde ebenso abgelehnt wie alle früheren Beschlüsse der Landesorganisation.

Die Erfahrungen haben gezeigt, daß ohne scharfe Bindungen die widerstrebenden Abgeordneten nicht zu bewegen sind, den Landtag aufzulösen und der Partei die unbedingte notwendige Handlungsfreiheit zurückzugeben. Die Fassung der neuen Entschließung bietet gerade in den entscheidenden Stellen den sächsischen Organisationen keine hinreichende Gewähr für sinngemäße Durchführung des Willens des Parteitags. Außerdem werden die dauernden Disziplinbrüche nicht klar und deutlich gerügt. Wir werfen die Frage auf, wie der einfache Parteigenosse zur Disziplin anzuhalten ist, wenn ungestraft eine Gruppe von Abgeordneten das höchste Recht der Partei außer Kraft setzen kann.

Wesentlich aus diesen Gründen sind die sächsischen Delegierten zu ihrem tiefen Bedauern nicht in der Lage, dieser Entschließung zuzustimmen. (Lebhafte Zurufe. — Lachen. — Große Unruhe. Zuruf: Das ist unglaublich! Schämen sollt Ihr Euch! — Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender **Wels**: Parteigenossen! Ich bitte um Ruhe!

Böchel-Chemnitz: Sie betrachten es aber als ihre selbstverständliche Pflicht, mit allen Kräften an der Erledigung des Konflikts im Sinne des Parteitagsbeschlusses mitzuwirken — — (Erneute große Unruhe. — Stürmische Rufe: Schluß! Schluß! — Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender **Wels**: Parteigenossen! Die 2 Minuten werden vorübergehen. Was Sie hier erleben, ist nichts gegen das, was in Sachsen jahrelang gespielt hat.

Böchel-Chemnitz: und damit ein Beispiel von Disziplin zu geben (Lachen und stürmische Zurufe), damit die Einheit gewahrt und die Hoffnungen der Gegner rechts und links auf Parteispaltung zunichte gemacht werden. (Erneute stürmische Zurufe und große Unruhe.)

Marum-Karlsruhe: Parteigenossinnen und -genossen! Ich habe zwar die Mitglieder der Sachsenkommission jetzt nicht mehr sprechen können, aber ich glaube, so, wie ich die Mitglieder in dem Ausschuß habe kennen lernen, werden sie durchaus das billigen, was ich jetzt dem Parteitag sagen möchte. Ich bedaure auf das Tiefste die Erklärung, die wir soeben von dem Genossen Böchel gehört haben. (Sehr richtig!) Wir haben, wie der Genosse Roß vorhin ausgeführt hat, loyalerweise den beteiligten Genossen gestern den Entwurf unseres Antrages vertraulich bekannt gegeben. Als die Parteigenossen aus Sachsen mitteilten, daß sie die Absicht hätten, hier eine Erklärung abzugeben, habe ich in der Kommissionssitzung und auch nachher persönlich verschiedene Genossen aus Sachsen gebeten, sie möchten dem Sachsenausschuß oder mir den Entwurf dieser Erklärung zeigen, nicht als ob ich eine Zensur ausüben wollte, sondern weil ich verhüten wollte, daß durch eine solche Erklärung eine neue Schärfe in den Konflikt hineingetragen wird. (Sehr richtig!) Bedauerlicherweise haben die sächsischen Genossen das nicht getan. (Hört, hört!) Das, was in dieser Erklärung enthalten ist, ist im Ausschuß alles vorgetragen worden. Der Ausschuß hat es gekannt und ist trotzdem zu seiner Entscheidung gekommen. (Sehr wahr!) Aus dieser Tatsache mögen Sie entnehmen, welche Stellung der Ausschuß zu solchen Behauptungen einnimmt.

Wenn man loyal den Beschluß, den wir Ihnen vorgelegt haben, durchführen will, dann darf man nicht von neuem Oel ins Feuer gießen. (Lebhafte Zustimmung.) Es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder wird der Beschluß, den wir Ihnen vorgelegt haben, lediglich ein gedrucktes Blatt Papier bleiben oder er wird loyal durchgeführt und schlägt zum Nutzen der Partei aus. Die erste Möglichkeit wird dann zur Wirklichkeit, wenn von den Beteiligten die bisherige Schärfe beibehalten wird und nicht ein Strich unter die Vergangenheit gemacht wird. Diese Möglichkeit wird dann zur Wahrheit, wenn man solche Erklärungen abgibt, wie sie die Sachsen abgegeben haben. (Lebhafte Zustimmung.) Will man aber den Beschluß loyal durchführen, dann ist es notwendig, daß man auch einmal die Hand in die Tasche steckt und den Mund hält. (Sehr gut!) Nur dann kann Friede in Sachsen werden.

In dem letzten Absatz unseres Antrages steht, daß der Parteitag zu allen beteiligten Genossen das Vertrauen hat, daß sie sich bemühen werden, loyal an der Durchführung des Beschlusses mitzuarbeiten. Entweder ist das eine Phrase, oder es ist Wahrheit. (Sehr richtig!) Wenn es Wahrheit werden soll, dann müssen sich alle beteiligten Genossen Mühe geben, den Beschluß loyal durchzuführen. (Lebhafte Zustimmung.) Auf dem Wege, den die Sachsen jetzt beschritten haben, geht das nicht. (Sehr richtig!) Deshalb möchte ich Ihnen den Vorschlag machen, über die Erklärung, die wir eben gehört haben, zur Tagesordnung überzugehen. (Lebhafter Beifall!)

Vorsitzender **Wels**: Der Sinn des Beschlusses des Parteitages am ersten Tage, nach Anhörung von zwei Generalrednern aus Sachsen, alle Anträge aus dem Plenum des Parteitages zu entfernen und die ganze Angelegenheit der

Sachsenkommission zu überweisen, war der, den Parteitag nach Möglichkeit von der Behandlung dieser Frage zu entlasten, um einer Vertiefung der Gegensätze entgegenzuwirken. Der einmütig gefaßte Beschluß des Parteitages verpflichtet mich, eine neue Debatte über diese Frage zu verhindern. Ich muß annehmen, daß mit der eben abgegebenen Erklärung vielleicht eine neue Debatte heraufbeschworen werden sollte. (Rufe: Nein!) — Ich kann mir nicht denken, daß ein Mitglied der sächsischen Delegation glaubt, der übrige Parteitag werde für sich das Schweigegebot anerkennen, dem anderen Teile aber das Recht solcher Erklärungen lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich möchte trotz alledem den Parteitag bitten, von jeder Diskussion Abstand zu nehmen und einen dahingehenden Beschluß zu fassen. (Sehr richtig!) Ich weiß, welche Aufgabe Sie mit der Annahme dieser Resolution dem Parteivorstand zuweisen. Wir waren in den verflossenen zwei Jahren oft in unserer Arbeit für die Gesamtpartei nahezu lahmgelegt, weil alle unsere Kräfte im sächsischen Konflikt verbraucht wurden. Das Martyrium, das wir ausgestanden haben, hat ein Ende damit, daß die gegen den Parteivorstand wegen seiner Haltung im Sachsenkonflikt erhobenen Angriffe durch den einmütigen Beschluß der Sachsenkommission, die sich aus Genossen der verschiedenen Auffassungen zusammensetzte, zurückgewiesen worden sind. Ich bitte Sie dringend, durch die möglichst einmütige Annahme des Beschlusses dem Parteivorstande die Kraft zu geben, die Auffassung der Gesamtpartei bei seiner schlichtenden Tätigkeit in Sachsen mit dem Nachdruck zu vertreten, der notwendig ist, wenn Ihr Wille durchgeführt werden soll. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Parteitag beschließt darauf mit großer Mehrheit, keine weitere Diskussion zuzulassen. **Gegen die Stimmen der Sachsen wird dem Antrag der Sachsenkommission zugestimmt.**

Vorsitzender **Wels**: Ich richte von hier aus namens der Gesamtpartei an die Genossen der sächsischen Organisation die Aufforderung, daß, was sie am Schlusse ihrer Erklärung zum Ausdruck gebracht haben, nämlich daß sie loyalerweise helfen, die Einigung mit durchzuführen, dadurch zu bestätigen, daß auch für sie mit dieser Erklärung das letzte vergiftende Wort in dem Streit gesprochen sein soll. (Lebhafter Beifall.)

Darauf vertagt sich der Parteitag auf Freitag, 9 Uhr vormittags.

Schluß der Sitzung 5 Uhr 15 Minuten.

Bethke-Dresden gibt nachstehende schriftliche Erklärung zu Protokoll: In der Sitzung vom 14. September haben die Delegierten von Plauen i. V. erklärt, daß meine Behauptung: „führende Genossen aus Plauen i. V. hätten verhindert, daß der als Referent für die Verfassungsfeier für Plauen festgelegte Genosse Dr. Gradnauer sprechen konnte, falsch sei. Demgegenüber stelle ich fest, daß der Leiter des Republikanischen Reichsbundes aus Plauen i. V., Genosse Forster, unter dem 1. August 1925 an Genossen Dr. Gradnauer schreibt:

„Deutscher Republikanischer Reichsbund,
Gau Südwestsachsen.

Plauen i. V., den 1. August 1925.

Sehr geehrter Herr Dr. Gradnauer!

Verzeihen Sie, daß ich Ihnen erst heute auf Ihre Zusage, in Plauen zur Verfassungsfeier zu sprechen, antworte. Abgesehen davon, daß ich nach Ferienbeginn einige Zeit verreist war, haben sich erst kürzlich unvorhergesehene Schwierigkeiten in der Rednerfrage eingestellt.

Es handelt sich, wie ich Ihnen schon wohl mitgeteilt hatte, um eine gemeinsame Veranstaltung von Reichsbund, Reichsbanner, demokratischer Partei und SPD. Nachdem die beteiligten Organisationen einstimmig beschlossen hatten,

den Redner aus der SPD. zu nehmen, hat sich auch von dieser Seite kein Widerspruch gegen die in Aussicht genommenen Redner erhoben. Erst vor etwa 14 Tagen sind nun von führenden Persönlichkeiten der hiesigen SPD. Einwände gegen Sie gemacht worden. Alle Vermittlungsversuche sind gescheitert, und um nicht die ganze Veranstaltung zu gefährden, ist von dem eingesetzten Ausschuß der SPD. die Konzession gemacht worden, einen ihr genehmen Redner zu gewinnen. (K. Hermann-Eisenach.)

Es tut mir außerordentlich leid, daß ich Ihnen deshalb heute erst abschreiben muß; denn es ist sonst von seiner Seite Widerspruch erhoben worden, und der Vorgang hängt natürlich nur mit dem leider bestehenden Zwist in der SPD. zusammen.

Indem ich Ihnen nochmals für Ihre Bereitwilligkeit danke, begrüße ich Sie mit vorzüglicher Hochachtung gez. O. Forster."

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 18. September 1925, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender **Wels**: Die Sitzung ist eröffnet.

Die Mandatsprüfungskommission hat noch gestern das Resultat der Vorstandswahl und der Wahl der Kontrollkommission festgestellt. Es haben erhalten als Vorsitzende: Hermann Müller 327 Stimmen, Otto Wels 284, Crispien 247; als Kassierer: Friedrich Bartels 358, Ludwig 275; als Sekretäre: Adolf Braun 329, Dittmann 260, Marie Juchacz 335, Molkenbuhr 343, Stelling 312; als Beisitzer: Richard Fischer 275, Otto Frank 221, Karl Hildenbrand 263, Hilferding 261, Moses 217, Nemitz 229, Ryneck 236, Heinrich Schulz 273, Stahl 231, Stampfer 260, Aufhäuser 143, Fleißner 113, Frölich 173, Künstler 102, Wurm 107. Gewählt sind die bisherigen Beisitzer: Fischer, Frank, Hildenbrand, Hilferding, Moses, Nemitz, Ryneck, Schulz, Stahl und Stampfer. Ungültig waren vier Stimmzettel bei der Wahl der Vorsitzenden, ein Stimmzettel bei der Wahl der Kassierer, fünf bei der Wahl der Sekretäre und siebzehn bei der Wahl der Beisitzer.

Zur Kontrollkommission haben Stimmen erhalten: Lore Agnes 231, Wilhelm Bock 320, August Brey 288, Friedrich Brühne 309, Hengsbach 302, Löbe 324, Müller 278, Schönfelder 296, Treu 294 und Donalies 157. Die Kontrollkommission ist in ihrer alten Zusammensetzung wiedergewählt. Donalies hat die genügende Zahl der Stimmen nicht erhalten.

Ich schlage dem Parteitag nun vor, ehe wir zur Beratung des Parteiprogramms übergehen, noch den Rest unserer Tagesordnung aufzuarbeiten. Es handelt sich da zunächst um die Anträge 213 und 212. Beim Bureau ist angeregt worden, den Antrag 213, der sich auf die Alkoholfrage bezieht, durch die Annahme des Antrages Hoch zu derselben Frage für erledigt zu erklären. Ich schlage dem Parteitag vor, so zu verfahren.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Vorsitzender **Wels**: Der Antrag 212, der zur Esperantofrage Stellung nimmt, ist natürlich in der vorliegenden Form unannehmbar; immerhin ist die Frage der Welthilfssprachen der Beachtung wert. Ich empfehle daher, diesen Antrag dem Parteivorstand als Material zu überweisen.

Es wird so beschlossen.

Vorsitzender **Wels**: Wir kommen dann zu den Anträgen 205—208, die den nächsten Parteitag betreffen. Wir haben schon auf den letzten Parteitagen aus Zweckmäßigkeitsgründen von der Festlegung des Ortes für den nächsten Partei-

tag Abstand genommen. Ich möchte deshalb bitten, die Anträge 205—208 auch diesmal dem Parteivorstand und Parteiausschuß zu überweisen. Dabei verhehle ich nicht, daß Parteivorstand und Parteiausschuß im nächsten Jahre die Aufgabe haben, zu prüfen, wann der nächste Parteitag stattfinden soll. Das Statut schreibt vor, daß er in der Regel alle Jahre stattzufinden hat. Der Parteitag hat aber unter Abänderung des Statuts beschlossen, das Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr in Einklang zu bringen. So dürften Kontrollkommission und Parteivorstand im nächsten Jahr vor die Entscheidung gestellt werden, wenn nicht wichtige politische Dinge etwas anderes notwendig machen, den nächsten Parteitag vielleicht erst in eineinhalb Jahren einzuberufen und überhaupt die Parteitage in den Anfang des Jahres, in die Osterwoche hineinzuverlegen.

Die Anträge 205—208 werden darauf dem Parteivorstand und Parteiausschuß zur Beschlußfassung überwiesen.

Zum Bericht der Beschwerdekommission erhält dann das Wort

Berichterstatter **Buchwitz:** Der Beschwerdekommission waren fünf Fälle zur Entscheidung unterbreitet worden. Ueber einen Fall wird der Genosse Kieß-Jena berichten, weil ich in diesem Falle Schiedsrichter war und es nicht gut angängig ist, daß ich in derselben Sache zum zweitenmal entscheide. Es handelt sich um den Fall Pappenheim aus Schmalkalden.

Wir befaßten uns zuerst mit dem Fall Gut und Gen. aus Eidelstädt. Bei der Gemeindewahl im Mai 1924 hatten die genannten Genossen sich auf eine sogenannte Mieterliste stellen lassen, also auf eine Gegenliste gegen die Sozialdemokratische Partei. Dabei war als verschärfend zu beachten, daß der Mieterverein im dortigen Ort oftmals eine scharfe Kampfstellung gegen unsere Partei eingenommen hat. Der Ortsverein Eidelstedt, dem die Genannten als Mitglieder angehörten, stellte am 6. April 1924 einen Antrag auf Ausschluß aus der Partei. Der Bezirksvorstand vollzog daraufhin am 22. Juni den Ausschluß. Die Ausgeschlossenen erhoben Einspruch, und es tagte nunmehr ein Schiedsgericht, das den Genossen eine scharfe Rüge erteilte. Die Gerügten erhoben gegen den Spruch des Schiedsgerichts Einspruch; die Beschwerdekommission hat entschieden, daß dieser Einspruch zurückzuweisen sei, und daß es bei der Rüge verbleibe. Wir ließen uns dabei von dem Gedanken leiten, es könne unter keinen Umständen zulässig sein, daß Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sich auf eine gegnerische Liste bei irgendwelchen Wahlen setzen lassen. Wir bitten den Parteitag, dem Spruch der Beschwerdekommission zuzustimmen.

Der zweite Fall betraf den Genossen Bethke. Ein sich bedrängt fühlender parteigenössischer Beamter kam zum Genossen Bethke und bat ihn um seine Hilfe. Im Beisein von Zeugen wurde das Material fixiert, auf das es ankam, damit Genosse Bethke damit beim Minister vorstellig werden könnte. Einen Schriftsatz dieses diktierten Materials sollte der Genosse Bethke, einen anderen der Genosse Arzt als Vorsitzender der sächsischen Landesorganisation erhalten. Der Genosse Bethke glaubte, daß sehr schnell gehandelt werden müsse. Er ging deshalb schon am anderen Tage allein zu dem Minister. Zeugenaussagen bestätigen, daß er sich energisch der Sache annahm. Dabei äußerte jener Minister, daß er in dem Falle nur tätig sein könne, wenn ihm der Fall schriftlich fixiert vorgelegt würde. Genosse Bethke hatte nun vergessen, das Material von Freiberg nach Dresden mitzunehmen, und er hielt sich für berechtigt, da ihm die Zeit mangelte, das umfangreiche Schriftstück abzuschreiben, dem Minister den Brief auszuhändigen, der für den Genossen Arzt bestimmt war. Das führte dazu, daß die Ortsgruppe Freiberg den Ausschluß des Genossen Bethke veranlaßte. Der Bezirksvorstand Dresden schloß sich dem an. Gegen diesen Schiedsspruch erhob der Genosse Bethke Einspruch. Es tagte ein Schiedsgericht,

das zu dem Entscheid kam, daß der Genosse Bethke zweifellos den ehrlichen Willen gehabt habe, dem Beamten in seiner Notlage zu helfen, daß der Genosse Bethke nichts Ehrenrühriges getan habe und aus diesem Grunde der Ausschluß aufzuheben sei. Das Schiedsgericht hob also den ersten Spruch auf, erteilte aber dem Genossen Bethge eine Rüge. Gegen diesen Schiedsspruch legten Einspruch ein einerseits der Genosse Bethke, andererseits der Bezirksvorstand der Parteiorganisation des BezirksDresden. Die Kommission kam zu dem Entscheid, daß der beiderseitige Einspruch zu verwerfen sei, und daß es bei der Rüge sein Bewenden haben müsse. Sie ließ in der zur Anklage führenden Angelegenheit nicht die Vorsicht walten, die der Sache und der Stellung des Genossen Bethke entsprochen hätte. Der Beschluß der Kommission wurde ebenso wie vorher geschildert, einstimmig gefaßt.

Der dritte Fall betrifft die ehemaligen Mitglieder unserer Partei Wynands und Hinz aus Landau im Bezirk Pfalz. In der Inflationszeit mußte im dortigen Bezirk wie in den meisten anderen Bezirken zum Abbau von Sekretariaten und zur Entlassung von Sekretären geschritten werden. Der jüngste Sekretär war Wynands. Nach Ausweis der Akten hat Wynands sich auch dem Bezirksvorstand gegenüber bereiterklärt, seinen Posten zu verlassen. Später setzte im dortigen Unterbezirk ein scharfer Kampf gegen die Maßnahme des Bezirksvorstandes ein. Es bildete sich eine Kommission, die es sich zur Aufgabe machte, unter allen Umständen das Sekretariat in Landau und damit auch den Sekretär Wynands zu halten. Der Kampf artete soweit aus, daß von jener Kommission die Beitragssperre gegen den Bezirksvorstand organisiert wurde, und daß die Beiträge, die ordnungsgemäß an den Bezirk abgeliefert werden mußten, benutzt wurden, um Wynands und das Sekretariat zu halten. Nachdem offiziell und ordnungsgemäß im dortigen Bezirk die Aufstellung der Landtagskandidaten vor sich gegangen war, betrieb man sogar von jener Seite eine Sonderkandidatur für die Person Wynands. Dies führte zu einem Ausschlußverfahren von Hinz und Wynands. Hiergegen wurde von den Ausgeschlossenen Einspruch erhoben. Aber auch ein Schiedsgericht, das im November 1924 tagte, entschied einstimmig auf Ausschluß der Genannten. Nunmehr erhoben die Ausgeschlossenen Einspruch beim Parteitag. Die Beschwerdekommission verwirft den Einspruch mit fünf gegen vier Stimmen und erklärt den Ausschluß für berechtigt. Sie ließ sich dabei von dem Gedanken leiten, daß es doch ziemlich das Schwerste ist, wenn Parteiangestellte und führende Personen in der Partei die Beitragssperre in der Partei organisieren wollen und so einen offenen Kampf gegen die Partei aufnehmen.

Der Parteitag beschließt in allen drei Fällen gemäß den Vorschlägen der Kommission.

Berichterstatter **Buchwitz:** Ich komme zu dem letzten Fall meiner Berichterstattung. Er betrifft das Verfahren gegen den Genossen Bauer. Der Fall wird Ihnen zur Genüge bekannt sein. Seine ersten Auswirkungen führten die Mandatsniederlegung des Genossen Bauer herbei. Alsdann wurde durch die Berliner Bezirksorganisation auf Grund der Vorgänge der Ausschluß Bauers vollzogen. Genosse Bauer erhob hiergegen Einspruch, und es tagte alsdann ein Schiedsgericht. Dieses Schiedsgericht kam zu dem Entscheid, daß der Genosse Bauer nicht auszuschließen sei. Der Ausschlußspruch wurde aufgehoben und der Genosse Bauer wurde freigesprochen. Nunmehr beantragte die Berliner Bezirksorganisation beim Parteitag, dem Genossen Bauer eine Rüge zu erteilen. Die Beschwerdekommission hat sich mit diesem Fall beschäftigt. Ihr Urteilsspruch lautet:

Der Parteitag erteilt dem Genossen Bauer eine Rüge in schärfster Form. Von einer weitergehenden Entscheidung wird abgesehen, weil die politische Laufbahn des Genossen Bauer als abgeschlossen anzusehen ist.

Zur Begründung habe ich im Auftrag der Kommission anzuführen, daß sie auf Grund der getroffenen Feststellungen zu der Ueberzeugung kam, daß das Urteil des Schiedsgerichts vom 30. Juni 1925 aufzuheben ist, weil das Vertrauen, daß die Partei Bauer durch die Uebertragung wichtiger Funktionen entgegengebracht hat, von ihm nicht gerechtfertigt worden ist und sich sein Verhalten nicht mit den Forderungen vereinbaren läßt, die vom Standpunkt einer proletarisch-sozialistischen Partei führenden Parteigenossen gegenüber vertreten werden müssen. Zwar hat sich Bauer nach bürgerlicher Anschauung nicht unzulässig verhalten, aber eine proletarisch-sozialistische Partei hat einen andern Maßstab anzulegen. Nach dem einstimmigen Urteil der Kommission hat Bauer diesen Forderungen nicht entsprochen. Genosse Bauer hat sich heute in einem Schreiben an die Mitglieder des Ausschusses gewandt und darauf hingewiesen, daß angeblich die statutenmäßige Frist nicht innegehalten worden sei. Wir haben aus den Akten festgestellt, daß die Frist gewahrt ist, daß infolgedessen die Kommission zu dem Spruch berechtigt war. Wir bitten, auch dieser Entscheidung der Kommission zuzustimmen.

Vorsitzender **Wels**: Bauer hat ein Telegramm an den Parteitag gerichtet: Er erfahre soeben, daß die Beschwerdekommission in einem geheimen Verfahren über die angebliche Berufung des Berliner Bezirksvorstands verhandelt und weittragende Beschlüsse gegen ihn gefaßt haben soll, er erwarte, daß der Parteitag einem Urteil nicht zustimmt, das ohne Anhörung des Angeklagten gefällt sei.

Pflüger-Stuttgart: Ich halte den Vorschlag der Beschwerdekommission nicht für annehmbar, da sie das Wichtigste, was in einem solchen Fall geschehen muß, unterlassen hat: Sie hat dem Angeschuldigten keine Gelegenheit gegeben, sich selbst vor der Kommission zu rechtfertigen. Ich habe gegen ein derartiges Verfahren die allerstärksten Bedenken, die dadurch noch unterstrichen werden, daß das Schiedsgericht im Fall Bauer nach eingehender Verhandlung unter Anhörung des Genossen Bauer einstimmig zu dem Urteil kam, daß ihn keine Schuld treffe. Bei dieser Sachlage kann nicht eine Entscheidung getroffen werden, wie sie von der Kommission vorgeschlagen ist, ohne den Angeschuldigten zu hören.

Ich beantrage daher, die Anträge 47 und 48, die die Grundlage für die Verhandlung in der Beschwerdekommission gegeben haben, dem Parteivorstand mit dem Auftrag zu überweisen, ein neues Schiedsgericht einzusetzen, das den Fall Bauer unter Zuziehung des Angeklagten nochmals zu behandeln hat. Die Partei hat ein politisches Interesse daran, daß der Mann, den sie zum deutschen Reichskanzler machte, makellos vor der Oeffentlichkeit dasteht. Zum mindesten darf ein abschließendes Urteil vom Parteitag nicht ohne Anhörung des Beschuldigten getroffen werden. Diese Art der Justiz kann sich die Partei nicht erlauben.

Vorsitzender **Wels**: Ein Antrag Pflüger liegt mir schriftlich vor und ist genügend unterstützt.

Nicht nur der Angeklagte ist nicht gehört worden, sondern auch das Schiedsgericht nicht, das aus Parteigenossen besteht, die Ihnen alle bekannt sind und die lange in der Bewegung stehen, deren Auffassung vom Parteitag ebenfalls korrigiert werden soll. Ich weiß nicht, ob der einzelne einen Urteilsspruch abgeben kann, ohne auch diesen Genossen die Möglichkeit zu geben, die Motivierung ihrer Auffassung darzulegen. Die Partei erweist sich selber den besten Dienst, wenn sie dem Antrag Pflüger zustimmt und so für eine objektive Prüfung Gelegenheit gibt.

Der Antrag Pflüger lautet:

„Der Parteitag beschließt, die Anträge 47 und 48 dem Parteivorstand zu überweisen mit dem Auftrag, zur Nachprüfung der Entscheidung des Schiedsgerichts im Fall Bauer durch erneute Stellungnahme zu denselben ein neues Schiedsgericht einzusetzen."

Der Antrag Pflüger wird mit großer Mehrheit angenommen.

Vorsitzender **Wels**: Zum letzten Bericht der Beschwerdekommission hat der Genosse Kieß-Jena das Wort.

Kieß-Jena: Im Falle Pappenheim-Schmalkalden hat auf Beschwerde Pappenheims gegen seinen Ausschluß ein Schiedsgericht in Weimar stattgefunden; da Genosse Buchwitz Vorsitzender dieses Schiedsgerichts gewesen ist, schied er aus der Beschwerdekommission für diesen Fall aus, und ich wurde zum Berichterstatter bestellt.

Dem Falle Pappenheim liegt die Beschwerde eines Genossen zugrunde, der preußischer Landrat ist; ihm wurde eines Tages von Kommunisten ein anonymer Brief übermittelt, in dem sehr schwere Vorwürfe gegen ihn erhoben wurden, die sich, wie ich vorwegnehme, in keiner Weise als gerechtfertigt erwiesen. Der Genosse hatte ein Interesse an der Feststellung des anonymen Briefschreibers. Der kommunistische Kreisdeputierte, der ihm den Brief übermittelt hatte, glaubte in dem Genossen Pappenheim den Briefschreiber vermuten zu müssen. Unser parteigenössischer Landrat hat den anonymen Brief mit Schriftproben des Parteigenossen Pappenheim zwei Sachverständigen übermittelt, die zu dem übereinstimmenden Urteil kamen, daß die Schriftzeichen übereinstimmten. Darauf ist von einer Ortsgruppe des Kreises Schmalkalden das Ausschlußverfahren gegen Pappenheim eingeleitet worden. Zunächst ist in einer vorbereitenden Ortsvereinsversammlung beschlossen worden, Pappenheim zu einer Versammlung zu laden, in der endgültig über die Sache entschieden werden sollte. Pappenheim ist erschienen und hat die Urheberschaft an dem Brief lebhaft abgestritten. Trotzdem ist in einer Resolution beschlossen worden, Pappenheim auszuschließen. Der Bezirksvorstand hat sich dem Vorschlag der Ortsgruppe angeschlossen. Auf Beschwerde von Pappenheim hat entsprechend dem Organisationsstatut der Parteivorstand den Genossen Buchwitz zum Vorsitzenden ernannt, Pappenheim und die Ortsgruppe haben je drei Beisitzer bestimmt. Das Schiedsgericht in Weimar hat den Ausschluß Pappenheims bestätigt. Dagegen hat Pappenheim Beschwerde erhoben und stützt sich auf drei Punkte. Zunächst hält er das Statut nicht für eingehalten, weil nach § 29 je drei Beisitzer sowohl vom Angeschuldigten wie von der antragstellenden Ortsgruppe zu ernennen sind, von den drei von der Ortsgruppe ernannten Schiedsrichtern aber nur einer im Schiedsverfahren erschienen sei, während, wie Pappenheim vermutet, auf Vorschlag des parteigenössischen Landrats als Anzeigers zwei vollkommen neue Beisitzer teilgenommen hätten. Allerdings haben sich die nunmehr zusammengekommenen Genossen darüber geeinigt, daß die beiden restlichen von der Ortsgruppe ernannten Schiedsrichter nicht fungieren sollten. Die Beschwerdekommission hält aber das Statut für das organisatorische Leben der Bewegung von so großer Bedeutung, daß es nicht dem Zufall von 6 oder 7 Genossen überlassen werden kann, es jeweilig zu ändern. Das Statut ist zwingendes unabänderliches Recht, so daß die Beschwerde Pappenheims schon deshalb durchgreifen müßte. Er behauptet weiter, daß eine Resolution der Ortsgruppe, die den Antrag zu seinem Ausschluß gestellt hatte, nicht bis zum Schiedsgericht und auch nicht bis zu uns gelangt ist. Diese Resolution soll außer dem Vorwurf der Urheberschaft des anonymen Briefs mehrere noch a n d e r e Punkte enthalten haben, die der Ortsgruppe Anlaß gegeben haben sollen, Pappenheim auszuschließen. Danach ist es selbstverständlich, daß diese Resolution von wesentlicher Bedeutung ist, denn in ihr hätte der anonyme Brief nicht die große Rolle gespielt wie später im Verfahren. Wir haben geglaubt, daß die Ortsgruppe, da diese Resolution auf dem Wege zum Bezirksvorstand verloren gegangen ist, scheinbar nicht

großen Wert darauf gelegt hat, der Angeschuldigte hat dies aber durch Zeugen belegt und geglaubt, darin einen wesentlichen Mangel erblicken zu müssen. Zuletzt haben wir uns der Tatsache nicht verschließen können, daß die Herbeischaffung von sachverständigen Gutachten über die Urheberschaft des anonymen Briefes durch den Ankläger unmöglich für einen Ausschluß Pappenheims genügen kann. Der parteigenössische Landrat ist selbstverständlich vom besten Willen erfüllt gewesen, als er sich um die sachverständigen Gutachten kümmerte, denn es ging nicht nur um seine Ehre, sondern um die eines hohen preußischen Staatsbeamten. Bei aller Berechtigung dieses Selbstschutzes können wir aber die von ihm angewandten Mittel nicht als stichhaltiges Material gegenüber dem Angeschuldigten ansehen. Wir waren übereinstimmend der Auffassung, daß es bisher in sämtlichen Instanzen versäumt worden ist, von neutraler Seite ein sachverständiges Gutachten einzuholen. Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß das Kampfmittel des anonymen Briefes infam ist, halten aber den bei der Schwere des Vorwurfs selbstverständlich notwendig einwandfreien Beweis nicht für geliefert. Das Verfahren hat erhebliche Mängel, so daß die Beschwerdekommission einstimmig zu der Entscheidung gekommen ist, daß sie wegen fehlerhaften und mangelhaften, statutenwidrigen Verfahrens dem Parteitag empfiehlt, der Berufung Pappenheims gegen seinen Ausschluß aus der Partei stattzugeben und den Ausschluß aufzuheben.

Der Parteitag beschließt dementsprechend.

Vorsitzender **Wels**: Wir kommen zu **Punkt 5 des Tagesordnung**:

„Das Parteiprogramm".

Hierzu sind noch folgende zwei Anträge eingegangen, die vor der Abstimmung nicht mehr gedruckt werden können.

Antrag Biedermann und Genossen:

Wir beantragen, in Absatz 2 „Wirtschaftspolitik" hinzuzufügen, nach „dienen" Banken und andere Geldinstitute" und in Absatz 3 nach Interessengemeinschaften" „Banken" hinzuzufügen.

Antrag Wurm und Genossen: Antrag zum Programm Sozialpolitik zweiter Absatz zweiter Satz

vor „Recht" ist zu setzen „gleiches" (Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit).

Hilferding-Berlin: Das ungeheure Geschehen des letzten Jahrzehnts hat nicht nur zu einer neuen Staatenordnung geführt, sondern auch zu einer grundlegenden Umgestaltung der Machtverhältnisse der Klassen in allen entwickelten kapitalistischen Ländern. Im Lauf der Revolution hat uns die Flut der Entwicklung hinaufgetragen. Wir wurden gehoben zum Teil, zum Teil waren wir selbst Träger der Entwicklung und versuchen nunmehr, die Fluten zu meistern. Daraus entsteht für die Sozialdemokratie das Bedürfnis, ihr Programm, ihre Grundsätze und ihre Forderungen zu überprüfen. Wir sehen deshalb in allen Ländern das Bedürfnis nach einem neuen Programm. Dieselbe Entwicklung, die uns hinaufgetragen hat, war aber für die Theorie, für die wissenschaftliche Erforschung der neuen Probleme weniger günstig. Unter den Waffen schweigen nicht nur die Künste, sondern es fehlt auch die Zeit zu theoretischer Zusammenfassung der historischen Ereignisse. Andere sozialistische Parteien haben Kommissionen für die einzelnen Fragen eingesetzt und ihnen Zeit zu längerer Prüfung gelassen. Wir aber verlangen von diesem Parteitag bereits die Verabschiedung des neuen Programms, weil wir in einer besonderen Zwangslage sind. Der eine Teil der Partei hatte sich in Görlitz ein neues Programm gegeben, während der andere noch an dem alten Erfurter Programm festgehalten hatte. Der Nürnberger Parteitag hat nur ein kurz zusammengefaßtes Aktionsprogramm beschlossen, das uns heute ungenügend und unvollständig

erscheinen muß. Wir haben also heute überhaupt kein Programm, das für die Gesamtpartei gilt.

Wir sind heute in einer andern Lage als in Erfurt. Damals hatte eine jahrzehntelange theoretische Arbeit erst eine wirkliche marxistische Schule in Deutschland, vor allem aber auch in den andern Ländern herangebildet, die in grundlegender Weise die älteren sozialistischen Ideologien ebenso zurückdrängen konnte wie die bürgerlichen Auffassungen, die in den Arbeiterkreisen noch Wurzel hatten. Das Erfurter Programm konnte nach dieser jahrzehntelangen Diskussion als Gesamtauffassung der deutschen Sozialdemokratie festgelegt werden.

Trotzdem ist die vorliegende Arbeit der Programmkommission nicht als eine solche zu bezeichnen, die nur dem Bedürfnis der Stunde genügt und nicht Bestand hat. Was wir in dem grundsätzlichen Teil festgelegt haben, ist vielmehr heute Gemeingut der Anschauung der Partei und jedes ihrer Mitglieder, wobei es ganz selbstverständlich ist, daß im Parteiprogramm nicht Wünsche einzelner und besonderer Richtungen berücksichtigt werden können, sondern nur das festgelegt werden kann, was wirklich allen Parteigenossen, allen Sozialisten nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Internationale als gemeinsame theoretische Ueberzeugung sich aufdrängen muß.

Wir konnten diese Arbeit in der Programmkommission um so eher leisten, als uns der Schöpfer des Erfurter Programms, Karl Kautsky, einen Entwurf als Grundlage für unsere Arbeiten gegeben hat, dem wir im großen und ganzen folgen konnten. Ich darf auch an dieser Stelle Kautsky im Namen der Programmkommission und wohl auch des ganzen Parteitags unsern Dank aussprechen. (Bravo!)

Zunächst lassen Sie mich sagen, in welcher Richtung wir auch nach Verabschiedung dieses Programms die Arbeit für die Ausgestaltung und Vertiefung unserer programmatischen Anschauungen werden fortsetzen müssen. Nach dem Geschehen des letzten Jahrzehnts wird diese Fortarbeit durch zwei Grundtatsachen bestimmt werden. Nach der Revolution war die Arbeiterklasse in allen Ländern, wo sie die Macht ganz oder zu einem wesentlichen Teil inne hatte, vorübergehend vor die Frage der Verwirklichung des Sozialismus gestellt. Diese Situation hat uns neue und fruchbare Erkenntnisse vermittelt. Wie hat sich nun die Stellung zu diesen Fragen der Verwirklichung des Sozialismus, die man mit einem etwas weiten und nicht ganz festen Begriff als Sozialisierung bezeichnet, gestaltet? Zunächst mußten wir abrücken und sind abgerückt von jener alten Anschauung des Staatssozialismus, die noch bei einem großen Teil von uns eine Rolle gespielt hatte. Es trat für uns die Erkenntnis in den Vordergrund, daß der Prozeß der Sozialisierung nur geleitet werden kann, wenn er zugleich ein Prozeß der wirtschaftlichen Demokratisierung ist. In schärfstem Gegensatz zu der Anschauung, daß etwa eine Staatsbureaukratie die Wirtschaft leiten könnte, kamen wir zu der Auffassung, daß die Leitung der Wirtschaft Sache der Produzenten selbst sein müsse, aber das Produzenteninteresse nicht allein als partikularisches Interesse entscheiden dürfe, sondern sein Gegengewicht in der Kontrolle der Konsumenten und der Gemeinschaft — der sozialistischen Gesellschaft im letzten Stadium, des Vertreters des Staates in der Uebergangszeit — finden müsse. So kamen wir zu jener Konstruktion der Gemeinschaftskörper, die die großen konzentrierten kapitalistischen Produktionszweige vor allem auf dem Gebiet der Rohstoffgewinnung, der Energieerzeugung usw. zu ersetzen hätten, und von Vertretern der Produzenten, der Konsumenten und des demokratischen Staates geleitet werden sollten.

Mit dem Problem der Sozialisierung drängte sich uns also das Problem der Wirtschaftsdemokratie auf und setzte unsere Auffassung von Sozialismus sofort in schärfsten Gegensatz nicht nur zum Staatssozialismus, der in einzelnen